Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Thiele, für den lokalen und provinziellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 5. — Halle, Dienstag, den 7. Januar 1919. — 3. Jahrgang.

Mittelmächte und Westmächte.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Rantzau äußerte sich über die Reden der französischen Minister und die Zukunft Deutsch-Oesterreichs folgendermaßen:

Die letzten Vorgänge in der französischen Deputiertenkammer zwingen dazu, mit größtem Nachdruck die Frage aufzuwerfen, ob aus den Ruinen dieser letzten Jahre wirklich eine neue und bessere Welt erstehen soll. Herr Pichon erklärt unverhohlen, Frankreich werde die Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nicht dulden. Davon, wie die kulturellen Werte der einzelnen Nationen am besten, dem Gesamtwohl der Menschheit dienstbar gemacht werden können — und nach solchen Worten sehnt sich die ganze Welt — hörte man in Pichons Rede kein Wort. Aber daß es Frankreich darauf ankommt, Deutschland gewaltsam an dem Wiederaufbau seiner inneren Einheit und seines Wirtschaftslebens zu hindern, das kam mit aller Klarheit zum Ausdruck. Man erfuhr auch, daß die französische Regierung zur Erreichung dieses Zieles, über das Deutschland von heute hinauszugreifen bereit ist und das höchste Grundrecht des deutsch-österreichischen Volkes, das Recht auf Selbstbestimmung über die eigene Staatsform und Staatszugehörigkeit, rücksichtslos vergessen und preisgeben will.

Die neue Zeit spricht von dem Recht der freien Völker; in der französischen Deputiertenkammer aber hieß es, Frankreich werde den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verhindern, selbst wenn die österreichischen Deutschen ihn forderten. Der Sieg, meinte Herr Pichon, gebe Rechte gegen die Besiegten! Die ideal gesinnten Kräfte gerade, die heute auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Zukunft der Länder deutscher Sprache rechnen, glauben, daß der Satz von der Macht, die auch das Recht bedeute, keine Heimat haben darf in der neuen Welt, an deren Aufbau die mitarbeiten möchten, und die sie als eine Gesellschaft Gleichberechtigter verstehen. Damit verträgt es sich aber nicht, daß die slawischen Nationen das Recht der Selbstbestimmung ohne jede Einschränkung erhalten, während es den Deutsch-Oesterreichern verwehrt werden soll.

Ganz aus dem Geist aufrechten Mutes scheint daher die Note Deutsch-Oesterreichs an die Entente geboren zu sein, in der angesichts einer Politik der parteiischen Gewaltsamkeit das Recht der Selbstbestimmung unzweideutig für die Deutsch-Oesterreicher in Anspruch genommen wird. Dies Recht der Selbstbestimmung hat natürlich nicht nur die Wahl der eigenen Staatsform, sondern auch die ungehemmte Entschließungsfreiheit über die Vereinigung mit Deutschland zu umfassen. Wenn heute jeder Deutsche im Reiche in dieser Forderung Seite an Seite mit den Deutschen Oesterreichs steht, so stachelt ihn nicht der Gedanke an Macht. Auch keine Allianzen sind hierbei für ihn maßgebend, die Regierungen schlossen, deren Taten nicht von der Mitverantwortung des Volkes getragen waren. Ihn treibt vielmehr das Bewußtsein reichen gemeinsamen geistigen Gutes, das in langer historischer Entwicklung erworben wurde. Wenn es der Entente wirklich um einen dauernden Rechts- und Versöhnungsfrieden und um Sicherung der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker zu tun ist, wird sie sich einen solchen brüderlichen Zusammenschluß auf der Grundlage einer legal gewählten Volksvertretung nicht widersetzen können. Wir wissen wenig davon, wie die wahre Geistesverfassung der Völker ist, mit denen wir uns bisher im Felde gegenüberlagen. Wir kennen die Reden ihrer politischen Führer und das, was in ihrer Publizistik unter den obwaltenden Verhältnissen gesagt werden kann. Wir müssen aber hoffen, daß sich überall in der Welt die Erkenntnis durchsetzt, daß der Weg des historischen Rechts eindeutig ist, und daß er nichts weniger erträgt als die Vergewaltigung fremden nationalen Geistes.

Die volle moralische und politische Unterstützung des deutschen Volkes, und der deutschen Regierung ist darum den Deutsch-Oesterreichern bei ihren Bestrebungen sicher. Die Grundlage wird die Nationalversammlung bilden müssen. Wie sehr die deutsche Regierung schon jetzt dem Wunsche des deutsch-österreichischen Volkes entgegenzukommen bereit ist, ergibt sich aus der geplanten Verordnung über die Wahlen zu der deutschen Nationalversammlung, die den im Deutschen Reiche lebenden Deutsch-Oesterreichern das Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gibt.

Das bayrische Staatsgrundgesetz.

Der Entwurf zum bayerischen Staatsgrundgesetz lautet:

Bayern ist eine Republik.

1. Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich).

2. Die Höchstgewalt des bayerischen Staates liegt beim Volk.

3. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmungen und Wahlen der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe.

Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des bayerischen Staates, der das 20. Lebensjahr vollendet hat.

4. Durch Wahlen der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Die Wahl ist allgemein, gleich, unmittelbar, geheim, nach dem Verhältnisse der Stimmen.

5. Wahlberechtigt sind alle bayerischen Staatsbürger. Wählbar sind alle Staatsbürger über 25 Jahre.

6. Die oberste vollziehende Gewalt wird vom Gesamtministerium ausgeübt.

7. Das Gesamtministerium hat das Recht, Beschlüsse des Landtages spätestens innerhalb vier Wochen der Volksbestimmung (Referendum) zu unterbreiten. In solchen Fällen werden die Beschlüsse des Landtages erst wirksam, wenn sie in der Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden Staatsbürger bestätigt sind.

Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.

8. Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens und der Meinung in Rede und Schrift, Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Kunst.

9. Das Eigentum ist unverletzlich. Die Enteignung von Vermögen kann nur zum Zwecke des Gemeinwohls auf Grund von Gesetzen erfolgen.

10. Vor dem Gesetze sind alle Einwohner gleich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die Rechtsprechung wird durch unabhängige Gerichte ausgeübt.

11. Alle Vorrechte der Geburt und des Adels, sowie Titel, die keine Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben. Neue Fideikommisse dürfen nicht errichtet werden. Die bestehenden sind durch besonderes Gesetz aufgehoben.

12. Die öffentlichen Lasten sind ansteigend nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen.

13. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht weitgehender Selbstverwaltung. Die Wahlen zu den gemeindlichen Vertretungskörpern erfolgen nach den Grundsätzen des Landtagswahlrechts.

14. Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig vom Staate und unterstehen dessen Schutz. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt und frei in ihrer Betätigung. Niemand kann zum Eintritt in eine Glaubensgesellschaft, zur Teilnahme an ihrem Kultus oder zum Verbleiben in einer Glaubensgesellschaft gezwungen werden.

Bestehende Rechte der Glaubensgesellschaften können nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgelöst werden.

15. Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erteilung des Religionsunterrichtes obliegt den Glaubensgesellschaften. Staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht gezwungen werden; die Erziehungsberechtigten können von Staats wegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme an Religionsunterricht oder an religiösen Uebungen anzuhalten.

16. Die Beamten haben das unbeschränkte Recht ihrer staatsbürgerlichen Betätigung. Die Rechte der Beamten bleiben unangetastet.

17. Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfes, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muß, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.

18. Dieses Staatsgrundgesetz tritt, insoweit es nicht bloße Programmsätze (Ziffer 11, 12, 13, 14, 15) enthält, mit seiner Verkündigung in Kraft.

München, 4. Januar 1919.

Eisner. Auer. Frauendorfer. Hoffmann. Jaffé. Roßhaupter. Timm. Unterleitner.

Tagesgeschichte.

Die Kriegsgefangenen in Deutschland.

In einer der letzten Sitzungen der Waffenstillstandskommission wurde die Darstellung des Generalissimus Foch, daß in Ostdeutschland die Verhältnisse der Kriegsgefangenen in den Lagern unbefriedigend seien, deutscherseits zurückgewiesen und betont, daß die Wünsche der Kriegsgefangenen im Einverständnis mit den nach Deutschland entsandten Ententeoffizieren nach Möglichkeit erfüllt worden seien. Ueber alle diese Zustände könne der früher im internationalen Kriegsgefangenendienst stehende, jetzt nach Berlin entsandte General Dupont Aufschluß geben. Der Vertreter des Generals Foch erkannte in seiner Antwort die Richtigkeit der deutschen Erklärung an und betonte namentlich den guten Willen des preußischen Kriegsministeriums, allen berechtigten Forderungen entgegenzukommen.

Nach amtlicher französischer Mitteilung gehen am 4. oder 5. Januar eine Anzahl Schiffe von Rotterdam nach Danzig ab, um von dort 10 000 Kriegsgefangene abzuholen.

Vollständige Demobilisierung.

Die Demobilisierung des deutschen Heeres ist sehr weit vorgeschritten: 150 Divisionen haben bereits abgerüstet, 18 Divisionen haben noch anzurüsten. Aber auch hier schreitet die Demobilisation außerordentlich schnell vorwärts. So ist z. B. die 5. Reservedivision vor zwei Tagen angekommen und hat bis heute bereits die Leute entlassen. Mit der Auflösung der alten kaiserlichen Armee erledigen sich auch die Wünsche über Waffentragen und Abzeichen bei dieser Armee. Die alte Armee Deutschlands hat zu existieren aufgehört.

Clemenceau über Deutschland.

Der Pariser Temps rechtfertigt Clemenceaus Standpunkt gegenüber Wilson durch die Unordnung, die in Deutschland herrsche. „Man muß immer wieder darauf zurückkommen. Solange das deutsche Problem droht, unlösbar zu bleiben, kann sich niemand rühmen, die Welt neu aufbauen zu wollen.“ Ob Scheidemann die Massen in Berlin werde beherrschen können, sei zweifelhaft, da sich die Disziplin der Regimenter auflöst und die Regierung durch den militärischen Zusammenbruch gelähmt sei. Wilsons System könne nur eine einzige Basis haben, das von Clemenceau verkündete Prinzip der Allianzen. — Ueber die internationale Sozialistenkonferenz urteilt Temps absprechend. Wahrscheinlich werde sie nicht zustandekommen, ihre Beschlüsse würden aber jedenfalls ohne Tragweite sein, denn ihr Ziel, einen sozialistischen Frieden herbeizuführen, werde sie nicht erreichen, denn die Divergenzen zwischen Syndikalismus und Sozialismus seien zu groß. Im Grunde sei Sozialismus und Bolschewismus dasselbe, denn die schändlichen und tollen Ereignisse in Rußland und Deutschland beruhten auf der reinen Doktrin von Marx.

Capus schreibt im Figaro: Eine Liga der Nationen hat nur Chancen, wenn sie sich um die Allianzen aufbaut, die während des Krieges entstanden sind und zum Siege geführt haben.

Die Humanité schreibt: Pichon und Clemenceau haben vor zwei Tagen öffentlich ihre Auffassung vom Frieden formuliert. Sie steht im brutalen Gegensatz mit der von Wilson. Es hat für den Präsidenten genügt, zu gleicher Zeit in Manchester zu sprechen, um sehr tragische Gegensätze erscheinen zu lassen. Täuschen wir uns nicht, es gibt keine Einigkeit des Gedankens mehr zwischen den Alliierten. Was wird uns später die Friedenskonferenz bringen?

Die Waffenstillstandskommission in Spaa

hat Protest eingelegt gegen die Verhaftung der sozialdemokratischen Kandidaten für die Nationalversammlung, Kühnen, Weiß und Hinrath, und deren sofortige Freilassung gefordert.

Eine Konferenz von Sachverständigen

wird am 13. Januar in Berlin zusammentreten, einberufen vom deutschen Handelstag, um die für die Friedensverhandlungen in betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen vorzuberaten. Die verschiedenen Materien werden in kurzen Reden behandelt werden, und zwar u. a. allgemeine Wirtschaftsfragen von Staatssekretär Müller, die Finanzen von Herrn Schwabach, die Arbeiterfragen von Genossen Legien, die Kolonialfragen von Herrn Strandes, Ueberseefragen von Herrn Lohmann, das Problem der ausländischen Fragen von Herrn Wanner und die rheinländischen Verhältnisse vom früheren Oberbürgermeister von Düsseldorf Marx. Die Tagung wird im Reichstagsgebäude stattfinden.

Der bayrische provisorische Nationalrat

lehnte mit großer Mehrheit einen Antrag des Bauernbündlers Gandorfer auf Schaffung eines selbständigen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft ab. Minister Auer hatte sich nachdrücklich gegen den Antrag, Ministerpräsident Eisner für denselben ausgesprochen.

Regierung und Rätekongreß.

Die Reichsregierung teilt mit, daß hinsichtlich der auf dem Dezemberkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte festgelegten sieben Hamburger Punkte über die Kommandogewalt im Heere jetzt eine völlige Einigung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Kriegsministerium erfolgt ist. Eine amtliche Mitteilung hierüber ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Radek.

Nach Informationen der Reichsregierung hat der russische Delegierte Radek Berlin verlassen. Von einer Anwesenheit Joffes ist nichts bekannt; die Reichsregierung hält

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190107-13/fragment/page=0001

diese Nachricht für erfunden. Sie sollte dazu dienen, die Reichsregierung als ohnmächtig hinzustellen. Solange Eichhorn im Amte war, hat er allerdings seine Macht gegen die Regierung mißbraucht.

Die Wahlen in Braunschweig.

Nach dem amtlichen Ergebnisse sind insgesamt im Lande 212 283 Stimmen abgegeben worden. Es erhielten die Sozialdemokraten 58 708 Stimmen und 17 Mandate, die Unabhängigen 51 668 Stimmen und 14 Mandate, die Demokraten 45 251 Stimmen und 13 Mandate, die anderen vereinigten bürgerlichen Parteien 55 616 Stimmen und 16 Mandate.

Die Wahlen in Baden.

Bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung haben erlangt die Sozialdemokraten 35 Mandate, das Zentrum 41, die Demokraten 21, die Deutschnationalen 7, die Unabhängigen keins. Stimmen erhielten das Zentrum 380 000, die Sozialdemokraten 317 000, die Demokraten 227 000, die Deutschnationalen 70 000, die Unabhängigen 14 500. Baden war in vier Wahlkreise geteilt.

Zur Lage im Osten.

Die Polen sind nicht weiter vorgedrungen. In Schneidemühl und Bromberg sind neue deutsche Truppen eingetroffen. Für Posen und Schlesien sollen zunächst zwei deutsche Armeekorps in Tätigkeit treten.

Neuer Gesandter in der Schweiz.

Anstelle des früheren Gesandten von Romberg soll der bayerische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und langjährige Chefredakteur der Münchener Post Genosse Adolf Müller zum deutschen Gesandten in Bern ernannt werden.

Roosevelt,

der frühere Präsident von Nordamerika ist nach einer Reutermeldung an einer rheumatischen Krankheit gestorben.

Zur Lage in Berlin.

Die Gegenaktion gegen die Banditenstreiche der Spartakusleute hat kräftig eingesetzt. Von der Verblüffung über die Gewissenlosigkeit der Liebknechtianer, mit Hilfe des russischen Rubels und unter dem Deckmantel die Revolution sichern zu wollen, die Revolution zu schänden, den baldigen Frieden zu gefährden und den Einmarsch der Ententetruppen zu provozieren, hat sich die Berliner Bevölkerung schnell erholt. Sie ist auf die Straße gegangen, und ihre Demonstrationszüge zeigten, wie gering an Zahl die spartikischen Feinde des Volkes sind.

Am Montag mittag hat die Regierung im vollen Einvernehmen mit dem Zentralrate beschlossen, sofort mit allen militärischen Machtmitteln dem Spartakustreiben ein Ende zu machen. Noske wurde zum Oberkommandieren ernannt. Die Regierungstruppen wurden mit Lastautomobilen in die verschiedenen Stadtteile befördert, wo sie Aufstellung nahmen. Sie sind mit scharfer Munition versehen.

Mit den Liebknechtianern haben sich die Unabhängigen wieder vereinigt, und am Montag haben beide ein gemeinsames Flugblatt gegen die „Bluthunde und Verräter" verbreitet, die in der Regierung sitzen. Das Abgeordnetenhaus ist vom Spartakus besetzt. Ebert sprach Montag, kurz nach 1 Uhr, von der Reichskanzlei, von der Menge jubelnd begrüßt. Er wies darauf hin, daß die Unabhängigen und Spartakusleute die Wahlen verhindern möchten; die Regierung werde ruhig, aber unnachsichtlich, wenn es sein müsse, die Ordnung schaffen. Auch Scheidemann sprach, von nicht endenwollendem Jubel empfangen. Er sagte zur Lage in Berlin: „Vor einer halben Stunde haben die Unabhängigen und Spartakusleute den Tod von Ebert und mir beschlossen. Vor einer Stunde fuhr ein Wagen über die Linden, mit einem Galgen, an dem zwei Puppen hingen, die Ebert und mich aufgehängt darstellen. (Pfuirufe und Gelächter.) Solche Bedrohungen sind uns gleichgültig. Sie lassen uns kalt. Wir haben am 9. November die deutsche Republik ausgerufen. Wir sind für das gleiche Recht aller eingetreten. Wir haben die Parität gefordert: 3 zu 3. Das war ein Fehler. (Lebhafte Bravorufe.) Die Mitarbeit der drei unabhängigen Sozialdemokraten hat sich als schädlich erwiesen. Heute sind wir frei. Was braucht das deutsche Volk aber jetzt? Friede und Brot. Es gibt uns aber kein Mensch Friede oder Brot ohne Ordnung. Wenn diese Spartakus-Schweinerei weitergeht, sind wir dem Hunger preisgegeben, und die Kriegsjahre werden dann noch übertroffen werden. Wir haben gegen jede Diktatur gekämpft, wie auch gegen die Diktatur des Kaisers. Wir wollen aber auch keine Diktatur Liebknechts oder Rosa Luxemburgs. (Lebhaftes Bravo bei den Zuhörern. Ueberall werden Rufe laut: „Waffen, Waffen! Wir wollen uns nicht niederkartätschen lassen!") Sie sollen und müssen Waffen haben. Wir werden unsere Pflicht bis zum letzten tun.

Mit abgenommener Kopfbedeckung stimmt die Menge in den Ruf ein: „Es lebe die deutsche Republik."

Ueber die Vorgänge am Montag abend liegen Berichte bis zur Stunde nicht vor. Das Reich erwartet und fordert, daß in der Tat mit allen Mitteln eine wahnsinnig gewordene oder verbrecherische Minderheit in die Schranken gewiesen wird.

Spartakus in Magdeburg.

Arbeiter! Augen auf! Der russische Rubel und die liebevolle Hilfe durch den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn ermöglichen es der Liebknecht-Gruppe, überallhin ihre Agenten zu entsenden. Auch in Halle sind sie schon mehrfach aufgetaucht. In Magdeburg haben sie bereits Erfolge zu verzeichnen. Nach mehreren mißglückten Versuchen auf Straßen, Plätzen und in Kasernen machten die Spartakusleute am Freitag abend einen Vorstoß in der Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Versammlung fand in der Pauluskirche statt. Die Empore war zum größten Teile von Anhängern der Spartakusrichtung besetzt. Als Genosse Beims kam, wurde er mit wildem Lärm begrüßt. Der Vorsitzende, Genosse Wittmaack, suchte sich Gehör zu verschaffen. Vergeblich! „Bluthund!" „Raus!" „Maschinengewehre sind aufgefahren!" tobte es von oben herunter. Der Lärm richtete sich deswegen gegen Genossen Beims, weil er irgendwo die Aufstellung von Maschinengewehren und Geschützen veranlaßt haben sollte. Beims wollte eine Erklärung abgeben, er wurde niedergebrüllt.

Es gelang so viel Ruhe herzustellen, daß Brandes einen kurzen Bericht des Wahlprüfungsausschusses erstatten konnte. Als jedoch Wernicke Bericht geben wollte über die Rätekonferenz in Berlin, ging der Spektakel wieder los. Es wurde gerufen, auf dem Alten Markt seien Maschinengewehre aufgefahren. Von Vertrauensmännern der Soldaten, von Mitgliedern des Exekutivausschusses, von Mitgliedern des Plenums wurde bestimmt versichert, daß nichts daran wahr sei. Man hörte nicht darauf und schrie weiter.

Wilhelm Koch sollte über die Stellung der Rätekonferenz zur Nationalversammlung berichten. Es war ihm nicht möglich, er mußte abbrechen. Es war auch nicht möglich, einen anderen Verhandlungsgegenstand zu erledigen, die Sitzung mußte geschlossen werden. Eine glänzende politische Tat der Leute, die von der Empore herab dem Arbeiter- und Soldatenrat das Arbeiten unmöglich machten. Es gibt Leute in Magdeburg und im ganzen Lande, die sich darüber vor Freude krümmen, das sind diejenigen, die darauf warten, bis sich die Arbeiter und Soldaten und alle freiheitsliebenden Volkskreise ihre Macht wieder selbst zertrümmert haben und den alten Gewalten wieder freie Bahn geben. Und Logik liegt in dem Vorgehen der Spartakusleute. Sie sagen doch: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten. Wenn aber Arbeiter- und Soldatenräte tagen wollen, werden sie mit Spektakel auseinandergejagt.

Nach der verunglückten Sitzung in der Pauluskirche gab es wieder Versammlungen auf dem Alten Markt, dem Breiten Weg und in der Großen Münzstraße. Der Volksstimme wollten Spartakisten einen besonderen Besuch abstatten. Er mißlang. Die Volksstimme war so ungastlich, das Tor geschlossen zu halten. Man begnügte sich daher mit Schmähreden auf das „Schwindel"- und „Schandblatt".

Bald setzte jedoch eine gewaltige Gegendemonstration ein, die schnell genug erkennen ließ, daß es nur eine Handvoll fanatisierter Radaubrüder gewesen war, die durch ihr Lärmen den A.- und S.-Rat tyrannisiert hatten.

Genosse Beims gibt in der Magdeburger Volksstimme eine eingehende Darstellung der Vorgänge. Auch nicht der Schatten eines berechtigten Vorwurfs bleibt danach auf ihm sitzen. Über die Versammlung am Freitag schreibt er: „Bluthund! Raus!" Einige dreißig Kehlen wurden nicht müde, es immer wieder mit ungeheurer Stimmenkraft hinauszuschreien, als ich pflichtgemäß am Freitag abend die Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats in der Pauluskirche besuchte. Wildeste Verwünschungen, roheste Drohungen, deren Sinn mir klar ist, weil ich davon unterrichtet bin, daß seit Jahren in steigendem Maße eine unglaubliche Hetze gegen mich unterhalten wird, die in den letzten Tagen bis zum hellen Wahnsinn genährt wurde.

Wozu der Haß von Arbeitern gegen Arbeiter? Befinden wir uns denn wirklich in einer Situation, die der Arbeiterschaft dieses gegenseitige Zerfleischen gestattet?

Nach Klarlegung des Sachverhalts fügt Beims hinzu: Nun ist die Sitzung des Arbeiterrats nach einem gewissen Plane gesprengt worden. Man hat die Berichterstatter niedergeschrieen und die Drohung offen ausgestoßen, daß man die Wahler zur Nationalversammlung verhindern werde.

Die Mitglieder des Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrats, der gegen 450 Personen zählt, blieben ohnmächtig gegen die etwa 30—35 Spartakusanhänger. Das ist ein Witz unserer Zeit! Ich richte hier die Frage nicht nur an den Arbeiter- und Soldatenrat, sondern an die Magdeburger Arbeiter, Soldaten und Bürger, die sich ruhige Überlegung bewahrt haben: Können, dürfen wir uns durch die infolge einer verlogenen Hetzarbeit aufgeputschten und fanatisierten Spartakiden in unserer Arbeit fortgesetzt stören lassen? Können und wollen die Matrosen, deren sachliche Forderungen wir für berechtigt halten, es dulden, daß man ihren ehrlichen Namen fortgesetzt schändet, indem alle Schandtaten der Spartakiden auf ihr Konto geschoben werden?

Ich sage entschlossen nein! Wir wollen niemand in seiner politischen Auffassung vergewaltigen! Wir wollen niemand persönlich angreifen! Will man aber uns angreifen, will man unsere Arbeit stören und unsere Versammlungen sprengen, dann wollen wir uns wehren! Und zwar mit denselben Mitteln, die die Angreifer gegen uns richten.

Nach den Vorgängen der letzten Tage lehne ich jede Zusammenarbeit mit den Spartakusleuten ab. Im Exekutivausschuß sitzt Albert Vater, der im Verdacht steht, Vertrauensmann des Spartakusbundes zu sein! Niemand wird mir zumuten, daß ich in dessen Gemeinschaft noch arbeite. Der Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrat möge entscheiden, ob Vater oder ich im Exekutivausschuß verbleiben soll. Ich stelle die Vertrauensfrage.

Wie soll aber den stetigen Bedrohungen der Spartakiden entgegengewirkt werden? Nun, ich rate, jede Demonstration für Spartakus sofort mit einer Gegendemonstration zu beantworten. Wir wollen sehen, wer die Magdeburger Bevölkerung für sich hat. Und es muß sich jetzt entscheiden, ob der Terror einer kleinen Gruppe die Magdeburger Arbeiter, Soldaten und Bürger beliebig vergewaltigen darf, oder ob man den Mut findet, sich zu wehren. Wir brauchen 2000 Parteigenossen, die entschlossen sind, dem Unfug ein Ende zu machen. Wir werden sie finden.

Was jeder Wähler von der Wahl wissen muß.

Bis zum 12. Januar müssen die einzelnen Parteien sich entschieden haben, ob sie ihre Kandidatenliste miteinander verbinden wollen. Es hat durch eine schriftliche Mitteilung an den Wahlkommissar zu erfolgen.

Der 12. Januar ist auch Stichtag für die Erklärung mehrfach genannter Kandidaten, für welche Liste sie sich entscheiden wollen, und ferner für die Veröffentlichung der Abgrenzung der Stimmbezirke, der Ernennung des Wahlvorstehers und der Bestimmung der Wahlräume.

Spätestens am 14. Januar muß der Wahlausschuß (der Kommissar nebst vier von ihm aus den Kreisen der Wähler ernannten Persönlichkeiten) die Wahlanschläge amtlich bekanntgeben und mitteilen, welche Listen miteinander verbunden sind.

Am 16. Januar sollen die Wahlvorsteher in den einzelnen Stimmbezirken die Mitglieder des Wahlvorstandes auffordern, sich vor Beginn der Wahlhandlung im Abstimmungslokal einzufinden und die Bildung des Wahlvorstandes vorzunehmen.

Am Sonntag, 19. Januar, finden im ganzen Reiche die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Am sechsten Tage nach der Wahl, also am 25. Januar, tritt der Wahlausschuß zur Ermittlung des Gesamtergebnisses der Wahl zusammen. Drei Tage nach der Wahl soll der Kommissar, wenn es geht, schon ein vorläufiges Resultat mitteilen. Eine Woche nach der amtlichen Mitteilung an die Kandidaten, daß sie gewählt sind, müssen die neuen Abgeordneten erklärt haben, ob sie die Wahl annehmen oder nicht.

*

Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, die vor dem 19. Januar 1899 geboren wurde, sind wahlberechtigt.

Es ist gleichgültig, ob man Soldat oder Zivilist ist. Männer in Uniform aller Rangstufen wählen mit, dürfen an Vereinen und Versammlungen teilnehmen und sprechen. Das gleiche gilt von Schülern und Schülerinnen aller Lehranstalten, die zwanzig Jahre alt sind.

Nicht wählen darf nur, wer entmündigt ist und wer der bürgerlichen Ehrenrechte entbehrt.

Jeder Wahlberechtigte kümmere sich darum, zu welchem Wahllokal seine Wohnung gehört.

Wer nach der Aufnahme in die Wählerliste verzieht, melde sich bei der alten Wählerliste ab und bei der des neuen Aufenthaltsortes an. Dazu muß die Bescheinigung der alten Abmeldung mitgebracht werden.

Jeder überzeuge sich, daß sein Stimmzettel aus weißem Papier ist und daß er keine Zeichen, Bleistiftstriche o. ä. enthält.

Jeder schreibe auf seinen Wahlzettel, wenn er keinen gedruckten seiner Partei in die Hände bekommt, die veröffentlichte Kandidatenliste seiner Partei sorgfältig ab. Keinen Namen falsch schreiben.

Jeder stecke nur einen Zettel in seinen Umschlag. Keine zusammenklebenden Zettel hineinstecken!

Jeder sorge dafür, daß alle sozialistischen Wähler und Wählerinnen zur Wahl gehen.

Jeder wähle die Liste der alten sozialdemokratischen Partei.

Ende gut, alles gut.

28 Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Der Kegelplatz war schon errichtet; er prangte vor dem Wirtshause, allerdings auf einer etwas geneigten Ebene, was indes nur zur Folge hatte, daß das Treffen darauf um so ehrenvoller war. Eine ziemliche Anzahl von Ledigen war „in die Zech gegangen", das heißt sie ließen im Wirtshaus aufschreiben, was sie an Essen, Weißbier und Branntwein verzehrten, um nach den Festtagen zu gleichen Teilen zu bezahlen. Das ganze Dorf war angeduftet von der Poesie einer Feier, die, erinnerung- und hoffnungerweckend, ein lautes, fröhliches Leben vorführen sollte, und von den Torten, Ringen (Kränzen) und Bretzgen, die nach Maßgabe des Vermögens von allen Familien gebacken wurden. „Nach altem Brauch" waren nicht nur im Wirtshaus verschiedene Schweine geschlachtet worden, sondern je eines auch in bedeutenden Bauernhäusern, und ein erkleckliche Anzahl befiederter Geschöpfe war aus den Reihen der Lebendigen verschwunden. Das Dorf brauchte nichts mehr als gutes Wetter — und das kam. Schon am Freitag hatte ein die Gemüter sehr beunruhigender Regen aufgehört, der Kirchweihsamstag war trocken, und am Sonntag stieg die Sonne in einen Himmel mit nur einzelnen dünnen Wölkchen empor. Wer die Empfindungen kennt, die beim Anblick solchen Himmels an dem Hauptfeste des Jahres die genußfähigen Dorfbewohner erfüllt, der weiß, was Freude des Lebens ist!

Der Vormittag des Sonntags und ein Teil des Nachmittags ward in unserem Dorfe der geistlichen Feier gewidmet. Wer es irgend konnte, ging in die Kirche und horchte der Predigt, welche die höhere Bedeutung des Festes darlegte, mit Andacht. Sobald die nachmittägige Betstunde vorüber war, begann im Wirtshause das weltliche Fest. Die Mädchen der in der Zech befindlichen Bursche kamen sachte angeschlichen, taten zuerst, als ob sie nur da wären, um ein wenig zuzuschauen, ließen sich dann aber von ihren Verehrern bereitwillig in die obere Stube oder gleich auf den Tanzboden führen.

Unter den „Kirchweihburschen" war auch der Schneider, unter den Mädchen, die sich zum Tanz einfanden, die Gret. Mit der Zuversicht, die man gegen die Seinige an den Tag zu legen pflegt, ging der Bursche dem Mädchen entgegen, tanzte mit ihr und führte sie nach einem Dutzend Reihen in die Stube. Als ein anderer kam und mit ihr zugleich ihn fragte: „Isch verlobbt (ist's erlaubt)?" erwiderte er würdevoll: „Du ka'st danza'!" und der Begünstigte führte die Gret hinaus. Ein Bekannter trat zu ihm und sagte vergnügt: No, Schneider, hosch (hast du's) wirklich durchg'setzt bei deam Mädle — send d'r oeneng?" — Der Bursche erwiderte: Vorderhand got's wenigstens mit m'r auf d' Kirchweih!" — Dem Bekannten war das genug; er sagte: Die Schöäst em ganza' Dorf! Wie host letz des a'g'fangt, Schlengel?" — Der Schneider zog statt der Antwort die Augenbrauen in die Höhe und sah mit tiefbedeutsamem Lächeln für sich hin. Du bist a Hauptspitzbue", rief der Kamerad und der Schneider machte ein Gesicht, als ob er sagen wollte: „Ich widerspreche nicht!"

Wie Michel — bei dem sich's von selber verstand — war auch Kaspar nicht unter den Kirchweihburschen. An einem der letzten Tage war der treue Freund zu dem Traurigen und Düstern gegangen, um ihm eine Mitteilung zu machen und eine Aufforderung daran zu knüpfen. Er begann mit der gemütlichen Frage: „Was isch, gommer oh en d'Zech desmol?" — „Frog net so domm!" erwiderte Michel und drehte sich weg. Kaspar lachte: „'s ist oh nor G'spaß! Was sottet o's (sollten wir) dren doa'? Du host koëna, ond ih hab' grad oh koëna, ond ih hab' grad oh koëna! Doh mag d'r Deufel mitmacha'. — Aber", setzte er ernsthafter hinzu, „ens Wirtshaus wurscht doch ganga'?" — „Sell verred' e net", erwiderte Michel. — Kaspar, nachdem er eine Weile vor sich hingesehen, begann wieder: „Jetz, wo dein' Pla' mit der Great aufgeba' host, wurd's d'r nex mea' macha, wann da' Schneider mit'r danza' sichst!" — „Sell got me nex mea' a'", versetzte Michel ernsthaft. — „Wie e g'hoart hab'", fuhr der andere fort, „got's mit d'm Schneider auf da' Plahtz!" — Michel zuckte. „Auf da' Plahtz?" rief er, während dunkle Röte sein Gesicht übergoß. Kaspar sah dem Betroffenen ins Gesicht und fragte: „Aergert de des?" — „Noë", versetzte der Bursche mit Anstrengung. Der Kamerad sagte: „So hab' e's geara'! — Am End', wer ka's dem Mädle verdenka', wann's da' Schneider nemmt ond ietz mit'm auf d' Kirwe got? Zwea' oder dreia' (zweien oder dreien) hot sie selber da' Marsch g'macht; du bist ahg'standa' von 'r — soll's da' Schneider oh no' furtschicka?" — „Sie hot recht", erwiderte Michel mit dumpfer Ruhe; aber auf einmal ballte sich seine Faust wie von selber und er rief: „O i wott (wollte)!" — „Was wottst?" fragte der Kamerad, indem er ihn lächelnd ansah. — „Nex", erwiderte der Michel mit Nachdruck, indem er die Finger zusammenpreßte, um sie dann auseinandergehen zu lassen.

Am Sonntag — um dieselbe Zeit, als die Gret mit dem Burschen tanzte, der sich vom Schneider die Erlaubnis ausgebeten, verfügte sich Kaspar zu Michel, um ihn ins Wirtshaus abzuholen. Er fand ihn in tiefmelancholischer Stimmung. Als er seinen Vorschlag machte, gab Michel zur Antwort: „Ha'et no' net — morga'! — Ha'et ben e net aufg'legt!" — Alle Mahnungen waren umsonst. Kaspar sagte mit Ernst: „I will de net nöada' (nötigen) — mei daweg duest, was d' willst. Aber ih moë, a Kerl wie du sott grad ens Wirtshaus ganga', en die ober' Stub', ond so'm Mädle zoëga', daß 'r se nex draus macht, got's auf da' Plahtz mit weam's will! Die möcht' e net globa' lossa', daß e ihrdawega von d'r Kirwe derhoëmt blieb!" — „Des g'schicht oh net", versetzte unser Bursche — „morga' gang' e drauf!" — „Morga' host widder a'n andera'n Ausred'!" — Michel wurde ungeduldig: „Do host mei' Ha'd", rief er und streckte ihm fünf Finger entgegen, die ihresgleichen suchten — „morga' gang e ens Wirtshaus — Sakerment!" — Kaspar schied beruhigt und folgte den lockenden Tönen eines Drehers, der ihm vom Wirtshaus entgegenschallte.

Bei seiner Ankunft auf dem Tanzboden ging die Gret mit ihrem Tänzer eben im Reihen. Als sie Kaspars ansichtig wurde, zeigte sie eine gewisse Erregtheit — und schaute sich weiter um. — Der Kamerad hatte sie beobachtet und nickte für sich.

Er beschloß, den Michel am folgenden Tage ins Wirtshaus zu bringen, es koste, was es wolle.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190107-13/fragment/page=0002

Was die Unabhängigen scheinen und was sie sind.

II.

b) Wer hat die Parteizerreißung erzwungen?

Natürlich die Mehrheitssozialisten! Wer das nicht glaubt, dem werden zehn oder tausend Unabhängige beschwören, die verängstigte Minderheit sei von der Mehrheit brutal tyrannisiert worden; als Redner hätten sie im Plenum nicht auftreten dürfen, aus Liebe zur Parteieinheit hätten sie die schlimmsten Gewissensqualen erlitten, bis die schuftigen Verrätereien der Mehrheit selbst die Lammesgeduld der Minderheit zerrissen und sie sich gezwungen gefühlt habe, zur Rettung der Grundsatzreinheit der Partei die Fahne hochzuhalten. Dafür seien sie dann aus der Fraktion durch die Mehrheit hinausgeworfen und zum weiteren selbständigen Vorgehen gezwungen worden. Sie seien also gänzlich schuldlos an der Parteizerreißung, die als weiteres Verbrechen am Proletariat nur der Mehrheit zur Last falle.

So klang und klingt es aus tausend Reden und Artikeln der Unabhängigen. Aber auch das ist von Anfang bis Ende gröbliche Lüge.

Was ist die Mehrheit? Es ist bereits gesagt worden, daß die Kreditverweigerer nur aus taktischen, nicht aus prinzipiellen Gründen ihre Bedenken erhoben, daß sie ferner in der Bewilligung der Kredite keine Verletzung der Parteigrundsätze, auch kein Vertrauensvotum für die Regierung erblickten und daß sie ferner den Fraktionszwang bei der Abstimmung gutließen, für den auch Liebknecht stimmte. Der Fraktionszwang, also der Zwang für jedes Mitglied, so zu handeln, wie es die Mehrheit beschlossen hat — bei den Gewerkschaften ein ganz selbstverständlicher Grundsatz —, war übrigens keine neue Erfindung, sondern unter dem alten Liebknecht, Singer, Auer, Bebel stets gehandhabt worden, wenn nicht ausdrücklich die Abstimmung freigegeben wurde, was jedoch bei wichtigen Fragen niemals geschah.

Die Minderheit hat auch bis zum Winter 1915 nicht dagegen opponiert, nachdem ihr zuliebe die Mehrheit beschlossen hatte, wer nicht für die Kredite stimmen wolle, könne vorher den Saal verlassen, was übrigens nicht einmal alle Anhänger der Minderheit getan haben; sie stimmten vielmehr ruhig mit für die Kriegsanleihen, obwohl sie niemand mehr dazu zwang. Trotzdem vereinbarte in einer geheimen Sondersitzung die Minderheit Mitte Dezember 1915, gegen die Fraktion öffentlich im Reichstage aufzutreten. Die Fraktion erfuhr das und fragte Haase, der noch Fraktionsvorsitzender war, was daran sei. Haase erklärte, es sei allerdings so, aber er werde die Aktion nicht mitmachen. Zwei Tage darauf, am 19. Dez., eröffnete er jedoch der Fraktion, er werde doch mitmachen. Als er an den Bebelschen Fraktionsbeschluß erinnert wurde („die Abstimmung der Fraktion im Plenum hat stets geschlossen zu erfolgen") und als ihm nachgewiesen wurde, daß er selbst als Vorsitzender der Fraktion noch im Herbst 1915 für Aufrechterhaltung dieses Beschlusses (mit der Erlaubnis, daß die Opposition vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen durfte) gesprochen und gestimmt habe, schwieg er sich aus. Am Tage darauf befand sich sein Name mit unter den 18, die sich der gegen die Fraktion gerichteten Erklärung Geyers angeschlossen hatten. Das bot der Vorsitzende der Fraktion seinen Kollegen.

Aber das war nicht sein erster grober Verstoß gewesen. Im April 1915 hatte der Parteivorstand unter Haases Vorsitz einmütig beschlossen, eine Kundgebung für den Frieden zu erlassen: Haase übernahme es auch unter Zustimmung der Fraktion und der Kontrollkommission, in einer Eingabe an den Reichskanzler entschieden gegen die Annexionspolitik der Alldeutschen zu protestieren, die in dem Manifest der sechs Wirtschaftsverbände ihren Ausdruck gefunden hatte. Als dann Italien in die Reihe unserer Feinde trat, befürwortete Haase im Fraktionsvorstande die einstweilige Vertagung des Friedensaufrufs. Nachdem aber die Russen aus Galizien zurückgedrängt waren, sah der Parteivorstand keinen Grund mehr, noch länger mit dem Friedensaufrufe zu warten. Er erinnerte deshalb Haase an den ihm erteilten Auftrag und bat um dessen schnelle Erledigung. Haase blieb zunächst, wie der Fraktionsvorstand öffentlich festgestellt hat, wochenlang den Vorstandssitzungen fern. Dann endlich fand mit ihm eine Aussprache über die Ausarbeitung des Aufrufs statt. Doch ehe er veröffentlicht werden konnte, erschien in der Leipz. Volksztg. der bekannte, von Haase, Kautsky und Bernstein unterzeichnete Artikel „Das Gebot der Stunde", der keine anderen Grundgedanken enthielt als die, welche der Parteivorstand in seinem Aufrufe hatte zum Ausdruck bringen wollen. Haase hat mit keinem Worte seine Vorstandskollegen von seinem Vorhaben unterrichtet.

Nun galten bei vielen Parteigenossen die Haase, Kautsky und Bernstein für die wahren Träger des Friedensgedankens, die in Wirklichkeit Ebert und Scheidemann gewesen waren. In dem Aufrufe der drei wurde die Fraktionsmehrheit als in der Friedensfrage unentschlossen hingestellt. Als dann wenige Tage darauf der Friedensaufruf des Parteivorstandes erschien, höhnten einige Minderheitsblätter, der Parteivorstand habe erst durch Haase und Kautsky aus dem Schlafe gerüttelt werden müssen.

In der Fraktion bestand bei ihrem Wiederzusammentritt — der Vorgang hatte sich während der Parlamentsferien abgespielt — eine starke Strömung, schon damals, im Sommer 1915, Haase als Fraktionsvorsitzenden zu beseitigen, weil sein Verhalten offener Verrat war. Um des Friedens in der Fraktion willen sah man jedoch von Haases Absetzung ab.

Auch am 20. Dez., als Haase mit Geyer wiederum die Fraktion hintergangen und einen von ihm selbst wiederholt gefaßten Fraktionsbeschluß wissentlich und absichtlich zerbrochen hatte, drückte die Fraktion nochmals ein Auge zu. In der Erklärung Geyers lag übrigens nicht das mindeste, was nicht unmittelbar vorher auch schon Scheidemann als Fraktionsredner zum Ausdruck gebracht hätte; nämlich die entschiedenste Ablehnung aller Annexionsgelüste und die Sehnsucht nach dem Frieden. Eine politische Notwendigkeit für den Ueberfall der Achtzehn und ihre Zerreißung der Fraktionsdisziplin lag also nicht vor.

Jeder Fernstehende wird zugeben müssen, daß ein größeres Maß von Nachgiebigkeit seitens der Fraktion nicht geübt werden konnte, als daß auch der Ueberfall vom 20. Dez. 1915 nicht zu einem großen Streite benutzt, sondern nochmals zugedeckt wurde.

Aber die Minderheit wollte ja gar keine Verständigung. Die Spartakusgruppe, unter deren geistiger Leitung sie damals schon stand, drängte jede Trennung, und die Minderheit gehorchte. So kam es zur Entscheidung im März 1916. Die Regierung hatte einen Notetat vorgelegt, weil der richtige Etat nicht bis zum 31. März verabschiedet werden konnte. Der Notetat ist nichts weiter als die Erteilung der Erlaubnis, daß die Regierung bis zur Verabschiedung des Hauptetats, also während weniger Tage, diejenigen Ausgaben, die bereits bewilligt waren, weiter bestreiten darf. Notetats kommen häufig vor. Bebel hatte daran stets festgehalten, daß Notetats als reine Formsache behandelt und ohne Debatte genehmigt wurden. Auch 1916 war von keiner Seite in der Fraktion beantragt worden, einen Redner zum Notetat zu stellen, zumal einmütig in der Fraktion beschlossen worden war, die Steuerfragen und die politischen Erörterungen vom Notetat zu trennen. Das wurde ausgemacht in der Fraktionssitzung, die am 24. März 1916 vormittags 9 Uhr begann und bis ¾11 Uhr dauerte, da um 11 Uhr die Plenarsitzung ihren Anfang nahm. Haase hat in dieser kurzen Fraktionssitzung dreimal das Wort genommen. Weder er noch ein anderer hat auch nur ein Wort gegen den Beschluß eingewendet, den Notetat ohne Debatte zu erledigen. Alles schien glatt und die Fraktionssitzung war durchaus ruhig verlaufen.

Da teilte im Sitzungssaale bei Eröffnung der Sitzung Haase dem Genossen Scheidemann mit, er und seine Freunde würden den Notetat ablehnen und dazu reden. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das in der Fraktion, die sprachlos war über diese Heimtücke. Die Empörung mischte sich mit Schmerz, daß so etwas möglich war. In der Haaseschen Erklärung wurden Punkte berührt, die mit Zustimmung Haases ausdrücklich für die politische Etatdebatte vorbehalten waren. Herr Gustav Hoch, ein intimer Freund Haases, rief ihm laut zu, das sei ein niederträchtiger, hinterlistiger Streich.

Sofort nach der Plenarsitzung trat die Fraktion zu einer neuen Sitzung zusammen. Hier erklärte, Rolle, Haase habe seine Rede im Auftrage der „engeren Freunde" gehalten; der Beschluß sei von ihm tags zuvor gefaßt und auch seine strenge Geheimhaltung vor den anderen Fraktionskollegen beschlossen worden. — Nach dieser Erklärung gab es natürlich nichts mehr zu debattieren, sondern nur noch zu handeln. Die Fraktion beschloß:

„Daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachten und öffentlich durchkreuzen, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben."

Darauf traten die 18 Minderheitler aus und bildeten als „Arbeitsgemeinschaft" eine besondere Fraktion.

Das sind die einfachen, der vollen Mehrheit entspringenden, in jedem Punkte nachweisbaren Tatsachen, die zur Zerreißung der Fraktionseinheit und damit der Parteieinheit geführt haben.

Die ganze und alleinige Schuld an diesem Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse trifft die Unabhängigen.

Im Paradies der Sowjets.

Ueber die Zustände in Moskau und im Sowjet-Rußland veröffentlichte die große Kiewer Zeitung Kiewskaja Mysl eine Schilderung eines aus Moskau zurückgekehrten Gewährsmanns. Die Darstellung hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

„Vor allem erschüttert das äußere Stadtbild: Alle Geschäfte sind geschlossen, die Rolläden heruntergelassen, die Türen geschlossen, manchmal mit Brettern verrammelt. Um z. B. Schreibzubehör zu kaufen, muß man viel Zeit zur Auffindung eines Ladens aufwenden. Der Verkauf wird hauptsächlich auf der Straße betrieben. Es wird mit Kartoffeln zu 3 Rubel 50 Kopeken das Pfund gehandelt, mit Mohrrüben zu 5 Rubel das Pfund, Zwiebeln 6 Rubel das Pfund, mit Pferdefleisch erster Sorte zu 14 Rubel das Pfund, zweiter Sorte zu 10 Rubel; doch auch für diese Preise ist es schwer, solches zu erhalten. Heringe kosten 10 Rubel das Stück. Unter der Hand bekommt man Zucker zu 60 Rubel das Pfund, Schwarzbrot zu 12 Rubel das Pfund. Es ist ein fast völliges Fehlen von Fetten zu verzeichnen. Mit Mühe kann man Butter für 70 Rubel, Talg für 50 Rubel das Pfund ergattern.

Die Stadt trägt noch die Spuren der Jahresfeier des Oktober-Umsturzes. Auf der Frontseite des städtischen Rathausgebäudes zieht die Inschrift: „Religion ist Opium für das Volk", die denselben Platz einnimmt, an dem früher ein Heiligenbild angebracht war, die Aufmerksamkeit auf sich.

Die Stadt ist angefüllt mit Agenten der den Terror ausübenden „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution". Sie sollen nach Tausenden zählen. Um ihre Existenz zu rechtfertigen, sehen sie sich genötigt, zur Provokation ihre Zuflucht zu nehmen. Die Provokation blüht und gedeiht nun in der Residenz der Sowjets. Die Gefängnisse sind überfüllt. Aus Mangel an Raum in ihnen ist das Nowospasskij-Kloster in ein Gefängnis umgestaltet worden. Die Atmosphäre ist drückend; auf den Straßen, in der Trambahn fürchtet man ein Wort gegen die allmächtige Regierung zu äußern, um nicht auf einen Spitzel-Agenten zu stoßen und vor die „Außerordentliche" zitiert zu werden. Da die Spitzel der Außerordentlichen Kommission in der Hauptsache mit „Politik" beschäftigt sind, so fühlen sich die wirklich verbrecherischen Elemente sicher. Daraus ist zu erklären, daß ungeachtet der Unzahl der Agenten der Kommission eine bewaffnete Bande um 11 Uhr mittags die Zentral-Textilstelle ungehindert um 1¼ Millionen Werte berauben konnte.

Die politische Spitzelei und die in bezug auf die Verpflegung verhältnismäßig guten Bedingungen, unter denen die Sowjettruppen leben, konnten es nicht verhindern, daß das 29. Sowjetregiment aufständisch wurde, zum Teil, weil es sich weigerte, an die Front zu gehen, teils infolge der Unzufriedenheit mit der Verpflegung. Nach Aeußerungen der Bolschewiki benahmen sich die Aufständischen „konterrevolutionär". Die Aufständischen wurden auf dem Chodynkaer Felde von Letten eingekreist. Dem 29. Regiment waren das 32. und 33. Regiment zur Hilfe herbeigeeilt. Die Letten mußten weichen. Muralow selbst kam auf die Chodynka und es gelang ihm, die Unzufriedenen etwas zu beruhigen.

Unruhig ist es auf dem Lande. Noch unlängst unterdrückten die Sowjettruppen einen großen Bauernaufstand, welcher die Gouvernements Tula, Kaluga, Rjasan, Wladimir, Twer und die südlichen Kreise des Moskauer Gouvernements umfaßte. Der Aufstand begann am 8. November und ergriff im Laufe von 2—3 Tagen die genannten, einen Ring um Moskau bildenden Gouvernements. Eine besonders starke Bewegung fand im Rjasanschen Gouvernement statt. Die Sowjetpresse schwieg natürlich wie gewöhnlich über den Aufstand und erst nach seiner Unterdrückung erschienen in den amtlichen Blättern diesbezügliche Auslassungen. Der Aufstand wurde mit außerordentlicher Grausamkeit erstickt. Die Bauern wurden zu Hunderten erschossen, Dörfer, die als Basis des Aufstandes galten, niedergebrannt. Außer den allgemeinen Gründen der Unzufriedenheit mit der Sowjetregierung ist der Aufstand auch folgendermaßen zu erklären: Die Bauern sind unzufrieden, daß die von den Gutsbesitzern konfiszierten Ländereien nicht ganz ihnen übergeben werden sollen, sondern teilweise zum Zwecke der Gründung von Kulturwirtschaften zur Nationalisierung bestimmt sind.

Es regnet unaufhörlich Dekrete. Eins der letzten verfügt die Erfassung von Gold- und Silbersachen. Die Pflicht der Feststellungen ist den Hauskomitees übertragen. Von Silbersachen ist zum eigenen Gebrauche nur erlaubt zu behalten: Teeglasuntersätze, Löffel, Messer und Gabeln. Ferner geht jetzt die Requisition von Schreibmaschinen aller Systeme vor sich. Ein Dekret über die Abgabe von Fahrrädern bestimmter Systeme ist ausgegeben worden usw. usw."

So weit der Zeitungsbericht. Wenn auch nur andeutungsweise, so ist aus ihm doch zu ersehen, wie es in Wirklichkeit im Sowjet-Rußland aussieht. Ueber den in dem Berichte erwähnten großen Bauernaufstand liegen uns überdies auch andere Meldungen vor, aus denen hervorgeht, daß die Hauptursache der blutigen Vorgänge in dem neuen Requisitionszuge der Bolschewiki zu suchen ist, die Lebensmittel im großen zu beschlagnahmen sich anschickten. Die famose bolschewistische Regierung, das erhabene Vorbild für Spartakus, hat bereits die Arbeiterklasse dezimiert, zum Teil korrumpiert und vernichtet; jetzt ist sie auf dem besten Wege, auch der Bauernschaft dasselbe Los zu bereiten. Glückt ihr das, so ist Rußland endgültig verloren . . .

Letzte Nachrichten.

Vorwärts und WTB. immer noch besetzt.

Berlin, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie unser Berichterstatter mitteilt, sind der „Vorwärts" und das Wolffbureau noch immer von den Spartakisten besetzt. Die Reichsbank sollte ebenfalls besetzt werden. Ihre tatsächliche Besetzung ist jedoch bis jetzt unterblieben. Dagegen ist sie streng von der Regierungstruppen bewacht. Heute Mittag suchten einige Anhänger des Spartakusbundes auch vom Fernsprechamt Besitz zu ergreifen. Durch Verhandlungen gelang es aber, die Spartakisten zum Abzug zu veranlassen.

Köln über Berlin.

Es geht hart auf hart.

—r. **Köln**, 6. Jan. (Privattelegramm.) Die Kölnische Volkszeitung erklärt zu den neuen Berliner Vorgängen, jetzt gehe es hart auf hart. Es sei eine neue Niederlage der Mehrheitssozialisten und ein endgültiger Beweis für ihre Unfähigkeit, Deutschland zu Ordnung und Frieden zu führen. Bleibe Eichhorn Polizeipräsident und gelinge es nicht, die radikalen Elemente in Berlin und ihre Anhänger vollständig zu entwaffnen, dann sei es aus mit der sozialen Ordnung und auch mit dem neuen Versuch, Berlin als Reichshauptstadt zu erhalten. Dann müßten neue Männer in einer anderen Stadt das Banner der Ordnung und Freiheit aufpflanzen, das von Berlin Tag für Tag geschwungen wurde, und eine wirkliche Volkswehr um eine wirkliche Volksregierung sich scharen. Berlin werde dann wie ein Pestherd abgesperrt vom wirklichen Deutschland bleiben, soll nicht ganz Deutschland an der Seuche zugrunde gehen. Laßt uns endlich Taten sehen!

Noch eine Wilson-Rede.

WTB. **London**, 4. Januar. Reuter meldet aus Rom vom 3. Januar: In seiner Rede im italienischen Parlament sagte Wilson unter anderem: Wir haben zweifellos zeitweilig den Eindruck von Gleichgültigkeit erweckt, da wir aus großer Entfernung zusahen. Aber unsere Herzen sind niemals weit entfernt, und das italienische und das amerikanische Volk haben mancherlei Bande miteinander verknüpft. Da das Volk der Vereinigten Staaten die Leiden und Opfer und das heroische Ausharren sah, wurden wir durch ein neues Band, tiefer bewußt, aneinander gekettet. Wir wußten, daß das italienische Volk für dieselben erhabenen Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit in den Krieg ging, die auch unser Kommen veranlaßten. Ich heiße diese Gelegenheit willkommen, um Ihnen die herzlichen Grüße des amerikanischen Volkes zu übermitteln. Wir sind uns bewußt, daß uns Dinge erwarten, die in gewisser Beziehung schwieriger sind, als die, die wir bereits übernommen haben. Denn es wäre leicht, von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen; aber es ist manchmal schwierig, sie in die Tat umzusetzen. Dazu wird eine Reinheit der Motive und eine Selbstlosigkeit notwendig, wie sie die Welt bei Beratungen von Nationen noch niemals gesehen hat.

Die deutsche Ernährungsfrage.

Berlin, 6. Jan. Dem Ersuchen des englischen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission in Spa, englischen Offizieren den Besuch verschiedener deutscher Städte zu gestatten, um dort die Unterlagen für die Nahrungsmittelversorgung und die Ernährungsfrage zu studieren, wurde deutscherseits statt gegeben. Die britischen Offiziere werden [illegible] Leipzig, Kassel, Hannover, Hamburg, München und eventuell auch andere deutsche Orte besuchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190107-13/fragment/page=0003

Parteinachrichten.

Gründung eines Parteiblattes in Bamberg. Die Gärtnersche Buchdruckerei in Bamberg ist samt der seit 1876 bestehenden Allgemeinen Zeitung für Franken und Thüringen (Nebenblatt Baunach- und Itzgrundzeitung) in den Besitz der sozialdemokratischen Organisation übergegangen. Die Allgemeine Zeitung war Organ der Rechtsliberalen.

Von Stockholmer Sozialdemokraten hat Branting an die Neutralen die Einladung zur internationalen sozialistischen Konferenz in Lausanne abgesandt und Rußland sowie die Mittelmächte davon unterrichtet. In seiner Einladung heißt es, daß die Konferenz wahrscheinlich am 21. Januar eröffnet werden soll. — Die Parteileitung der schwedischen Sozialdemokratie hat an die Führer der esthnischen Sozialdemokratie ein Telegramm gesandt, in welchem sie ihre Sympathie für den Verteidigungskampf des esthnischen Volkes ausspricht, den dasselbe jetzt gegen die Militärkräfte Sowjet-Rußlands führen müsse. Alle kleinen Nationen, so heißt es in der Depesche, haben ein solidarisches Interesse, daß Gewaltmacht, woher dieselbe auch kommt, nicht endgültig triumphiert. Erst in einem selbstregierten sozialdemokratischen Land kann die Arbeiterklasse mit dauerndem Erfolg die Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung durchführen.

Gewerkschaftliches.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Nach den amtlichen Auskünften der Provinzarbeitsnachweise war zu Jahresanfang weiter überall großer Bedarf an Arbeitskräften der Landwirtschaft und im Bergbau. Teilweise wurden auch Erdarbeiter und ungelernte Fabrikarbeiter angefordert. In Westfalen fehlen Maurer und Heizer, während an anderen Stellen ein Ueberangebot von diesen vorhanden ist. An Facharbeitern besonders Schlossern, Drehern, Schmieden, teilweise auch an Malern, Maurern, Zimmerern ist ein großer Ueberschuß vorhanden. In der Textilindustrie herrscht Arbeitslosigkeit. Bei Bäckern und Fleischern ist ein großes Ueberangebot. Hingegen ständige Nachfrage nach Schuhmachern und Schneidern. Unbefriedigte Nachfrage herrscht besonders in den östlichen Provinzen nach Waldarbeitern und Holzfällern in Mittel- und Westdeutschland nach Erdarbeitern, an der Küste nach Schiffszimmerern. Im Handelsgewerbe sind viele Angestellte, vor allem auch weibliche, arbeitslos. Eine ungedeckte Nachfrage besteht in allen Teilen des Reiches nach Dienstboten für Stadt und Land. Im allgemeinen bereitet die Verschiebung der Arbeitskräfte an die Stellen und in die Berufe, wo sie gebraucht werden, die größten Schwierigkeiten.

Der Gemeindearbeiterverband hat im Monat Dezember 10 000 Mitglieder neu aufgenommen. Die Mitgliederzahl ist jetzt um 2500 höher als vor Kriegsbeginn.

Der Lederarbeiterverband hat in den letzten Wochen um durchschnittlich je 1250 Mitglieder zugenommen. In den letzten drei Wochen überstieg die Zunahme 5000. Als nächstes Ziel des Verbandes bezeichnet die Lederarbeiterzeitung die Verdoppelung seiner höchsten Mitgliederzahl aus der Friedenszeit.

In der Handlungsgehilfen-Zeitung teilt die Ortsgruppe München mit, daß sie seit dem 1. Oktober weit über 4000 Neuaufnahmen gemacht hat.

Literatur.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 14. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Von Paul Umbreit. — Revolution und Reichsverfassung. Von Heinrich Cunow. (Schluß.) — Zur Geschichte der Zensur. Von Arno Franke. — Aus der Geschichte deutscher Schauspielkunst. Von Hans Marckwald. — Literarische Rundschau: Paul Eltzbacher, Die Presse als Werkzeug der auswärtigen Politik. Von Heinrich Cunow. — Notizen: Die Bedeutung Lothringens für die deutsche Eisenindustrie.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 5.20 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Viertelahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 40 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 1. Nummer des 36. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Die Neujahrstafel der Entente. — Aus der Revolution. — Deutsche Sprachbereicherung. — Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. — Die Dampfwalze des Westens. — Die „Beiden Bauern. Text: Tage der neuen Zeit. . . Von Ernst Preczang. — Der Heimgekehrte. Von E. Klaar. — Die stolze Buche. — Aus dem Tagebuch des letzten Wilhelm. Von B. R. — Politische Bärte. Von Pec. — Lieber Jacob! Von Jotthilf Naufe. — Deutschland! Von Ernst Klaar. — Herkules Von Pan. — Gebt Raum! Von Ada Negri. — Zu Hause. — Das eigene Heim. — Mahnung. Von A. T. — Usw. Usw. Der Preis der Nummer ist 15 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 7 des 29. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Auf zur Wahl! — Warum müssen die Frauen sozialdemokratisch wählen? Von Klara Bohm-Schuch. — Die rote Fahne. Gedicht von Henriette Fürth. — Die Sozialdemokratie und die Frauen. Von Marie Juchacz. — Die Frauen und die Zukunft des Sozialismus. Von Wally Zepler. — Für Haus und Schule. Von Max Quarck. — Zum Wahlrecht der Frauen — Die Frauen und die Nationalversammlung. Von Marie Arning, Duisburg. — Wohlauf! Gedicht von Karl Henckell. — Aus unserer Bewegung: Politische Unterweisungsabende. Von Berta Marckwald. Frauenkonferenz in Biebrich a. Rh — Feuilleton: Wir sind nicht reif? Gedicht von Hoffmann v. Fallersleben Zwei Kinderbriefe. Eingegangene Schriften: Bilder aus den Revolutionstagen. Für unsere Kinder: Smike. Von Charles Dickens. (Schluß.) — Der Gesell und die Wanderjahre. Gedicht von E. Geibel. — Die schöne Magelone. Ein deutsches Volksmärchen. Von Gustav Schwab. — Die zwölf Schusterbuben. Märchen von Julius Zerfaß. — Der Wolf und der Fuchs. Von Rho — Gute alte Zeit. Gedicht von Hermann Kleike. — Spielecke. Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 15 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 95 Pfg.; unter Kreuzband 1,45 Mark.

„Arbeiter-Jugend". Die soeben erschienene Nr. 26 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sturm! Von Jürgen Brand. — Schicksalssterne. Gedicht von Karl Henckell. — Revolutionsstunden. Von Alfred Fritzsche. — Die Forderungen der Jugend. Von Richard Weimann. — Der Rhein, die Revolution und der Friede. Von Gg. Engelbert Graf. — Revolution und Jugendbewegung. — Aus Hamburgs Revolutionstagen. — Die Gefahren der Uebergangswirtschaft für die arbeitende Jugend. — Aus der Jugendbewegung. — Fabrikausschüsse für Jugendliche.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 8. Jan. 1918. Anf. 7½, Ende g. 9½ Uhr:

Ueber unsere Kraft. I.

Schauspiel von Björnson

Donnerstag, d. 9. Jan. 1919.

Ueber unsere Kraft. II.

Inhaber von Donnerstag-Stammkarten erhalten gegen Vorzeigung ihrer Stammkarte für die Mittwoch-Aufführung von „Ueber unsere Kraft I" gleichwertige Plätze zu ermässigten, der Abonnementsquote entsprechenden Preisen.

ZOO.

Heute abend 8 Uhr:

Grosses Extra-Militär-Konzert

vom Trompeterkorps Feldartillerie-Regts. Nr. 75.

Leitung: Obermusikmeister C. Steuer.

Pferde zum Schlachten

kauft jederzeit, bei Notschlachtungen schnellste und korrekteste Bedienung. Zum Ankauf laut Verordnung vom 14. 6. 18 zugelassen

Max Zaubitzer,

Halle (S.), Steinweg 52.

Fenruf 3515 V535/4

Steuer-Erklärungen,

Bücherrevisor Peyer Halle a. S. Steinweg 12. Tel. 3341.

Bäckerlehrling

zu Ostern gesucht.

Herm. Matthes,

Herderstraße 18.

Lehrling

für mein Bureau gesucht.

Rechtsanwalt W. Müller,

Rathausstr 0.

Albrechts Naturheilanstalt

Friedenstr. 28. Telephon 6451.

Verabreicht werden: Höhensonne- Licht-, Elektrische und Dampfbäder, sowie Sauerstoff-, Kohlensäure-, Sol- Fichtennadel- u. alle anderen Bäder, gute - und- u. Vibrationsmassagen. Sprechst. 9—10 u. 2—3 Uhr. Bäder werden verabfolgt von morgens 8 bis abends 6 Uhr Dir Albrecht.

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Walther,

Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenleiden,

Sprechzeit 9—12 und 3—5 Uhr.

Halle a. S., Große Steinstraße 74,

Kaffee Baner. A275

Volksabende mit freier Aussprache.

8. Volksabend, Mittwoch, den 8. Januar, 8 Uhr, in den Thaliasälen, eingeleitet durch einen Vortrag über

„Stadt und Land"

von

Herrn Professor Dr. Holdefleiss.

Der Zutritt ist für jedermann frei.

Deutsch-Mädchenbund.

Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, im **Mozartsaal** (Weidenplan 20).

Besprechung über die Wahl zur Nationalversammlung.

Vorlegung der Programme der sozialdemokratischen Partei, der Deutschen demokratischen Partei und der deutschnationalen Volkspartei mit nachfolgender Aussprache. (Beantwortung von Fragen durch die Rednerinnen der 3 Parteien).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: **Ebert — Scheidemann.**

Halle. **Halle.**

Am Dienstag, den 7. Januar 1919, abends 8 Uhr, im Goldenen Hirsch, Leipzigerstr. 63:

Große öffentliche Frauen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Frauen und die Nationalversammlung.

Rednerin: Schwester **Rühland**-Dürrenberg.

2. Freie Aussprache.

Alle weiblichen Wähler von Halle sind zu dieser wichtigen Versammlung fredl. eingeladen. Es gilt zu beweisen, daß Ihr Euch der Bedeutung der Wahl zur Nationalversammlung bewußt seid.

Deshalb auf zur Versammlung!

Der Einberufer.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Vorsitzende: **Ebert, Scheidemann.**

Beamten heraus!!!

Staats-, Kommunal- und Privatbeamte

Öffentliche Wähler-Versammlung

Mittwoch, den 8. Januar 1919, **abds. 8 Uhr** im **Goldenen Hirsch,** Leipzigerstr.

Tagesordnung:

I. Wie stellen sich die Beamten zur Nationalversammlung!

Redner: **Arbeitersekretär Kieels, Halle.**

I. Freie Diskussion.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung für alle Beamten wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Einberufer.

Volkspark.

Mittwoch, 8. Januar, 5⁰⁰ nachmittags pünktlich

Stadtarzt Professor **v. Drigalski**

über

Geheime Krankheiten und ihre Gefahren.

Nur für Frauen und Mädchen (vom 17. Lebensjahr ab)

Einschränkung des Frachtstückgutverkehrs.

Frachtstückgutsperre vom 9. bis einschl. 11. Januar. Dringende Lebensmittel als Eilgut abliefern.

Halle a. S., den 6. Januar 1919.

Eisenbahn-Verkehrsamt. A304

Bekanntmachung.

Wie an allen preußischen Universitäten so wird auch in Halle zwischen dem Schluß des laufenden Winter-Semesters und dem Beginn des nächsten Sommer-Semesters für **Kriegsteilnehmer** sämtlicher Fakultäten ein Zwischensemester eingeschaltet, in welchem **alle** ordentlichen Vorlesungen gehalten werden. Der Beginn dieses Zwischensemesters ist auf den 3. Februar und der Schluß auf den 16. April 1919 festgesetzt. Die **Immatrikulation** beginnt am 15. Januar und endigt am 15. Februar 1919, die **Annahme und Anmeldung der Vorlesungen** hört am 22. Februar 1919 auf.

Dem **Kriegsdienst ist die Tätigkeit im vaterländischem Hilfsdienst gleichgestellt.** Das Zwischensemester wird als volles Studiensemester angesehen. Neben den Vorlesungen und Uebungen werden Ergänzungs- und Wiederholungskurse abgehalten, die den Kriegsteilnehmern die Einarbeitung in ihr Studium und die Wiederauffrischung ihrer Kenntnisse erleichtern sollen.

Vorbildungs- und Führungsausweise sind, wie für die ordentlichen Semester vorgeschrieben bei der Anmeldung zur Immatrikulation vorzulegen. — Gedruckte Vorlesungspläne sind durch das Universitäts-Sekretariat zu beziehen.

Halle, den 2. Januar 1919.

Der Rektor der Universität.
Brockelmann.

Familien-Nachricht.

Am Sonntag, den 5. d. Mts., verschied infolge Unglücksfalles bei Ausübung seines Berufs

der Vorstand des Eisenbahn-Maschinenamtes,
Herr Regierungs- und Baurat

Thomas.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beamten, Hilfsbeamten, Handwerker und Arbeiter des Eisenbahn-Maschinenbezirks Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919010 7-13/fragment/page=0004
DFG

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 5. Halle, Dienstag, den 7. Januar 1919. **3. Jahrgang.**

Die Wahlbewegung im Saalkreise.

Die 123 ländlichen Ortschaften des Saalkreises nebst den dazu gehörigen Gutsbezirken sind für die Wahl zur Nationalversammlung in 79 Wahlbezirke eingeteilt worden. Nur Ammendorf und Nietleben bilden je zwei Wahlbezirke, da diese Gemeinden mehr als 3500 Einwohner haben, also die Höchstzahl überschreiten, die ein Wahlbezirk umfassen darf.

Wir drucken nachstehend das Verzeichnis ab und bemerken, daß die Ziffern neben den Ortsnamen die Einwohnerzahl bedeuten, dann das Wahllokal angegeben ist und den Namen des Wahlvorstehers sowie seines Stellvertreters genannt werden.

1. **Beesenlaublingen** (1187), **Neubeesen** (76), **Poplitz** (137), **Makrena** (288), Gasthof zur Linde in Beesenlaublingen, Rittergutspächter Kesel, Schmiedemstr. Becker.

2. **Beesedau** (545), **Custrena** (178). **Bielerscher Gasthof** in Beesedau. Tischlermstr. Püllert, Landwirt Aug. Richter.

3. **Unterpeißen** (480) **Kreidners Gasthof.** Gutsbes. Lehmecke, Mühlenbes. Ulrich.

4. **Lebendorf** (572) Gasthof z. **deutschen Hause.** Gutsbes. Kinke, Landwirt Kersten.

5. **Trebitz** b. K. (403), **Bebitz** (348). **Schankwirtschaft in Trebitz.** Gutsbes. Espenhahm, Gutsbes. Keltsch.

6. **Trebnitz** (600). Gasthof. Gutsbes. Naumann und K. Schmiede.

7. **Löbnitz** a. L. (380). **Gasthof.** Gutsbes. Bunge und Behrend.

8. **Golbitz** (201), **Garsna** (127). Michaelsche Schankwirtschaft in Golbitz. Gutsbes. Höppel, Privatmann W. Hoffmann.

9. **Rothenburg** (1000) **mit Gutsbezirk** (97), Gasthof zum Schützen. Gemeindevorst. Gölicke, Werkmeister Grobecken.

10. **Domnitz** (400). Hammelmanns Gasthof. Gastwirt Hammelmann, Gutsbes. Gneist.

11. **Dornitz** (205). **Gasthof.** Gärtner Gödel, Kaufmann Peuckert.

12. **Dalena** (260), **Sieglitz** (148). Richters Schankwirtschaft in Dalema. Gutsbes. Busse und Föllner.

13. **Schlettau** b. L. (348). **Nedrichs** Gasthof. **Gutsbes.** Koblemann und Schnapperelle.

14. **Mitteledlau** (115), **Hohenedlau** (222), **Kirchedlau** (226). Schankwirtschaft in Mitteledlau. **Gutsbes.** Säuberlich und Fritz Sturm.

15. **Dobis** (303). Niemanns Wirtschaft. Gutsbes. Schirmer, Kossat Ferd. Dönitz.

16. **Dößel** (308). Langes Wirtschaft. Gutsbes. K. Höbne und Koch.

17. **Neutz** (434), **Deutleben** (234). Günthers Wirtschaft in Neutz. Altsitzer Richter, Gutsbes. Köster.

18. **Leitwitz** (354), **Gutsbez. Mücheln** (106). Gasthof in Lettwitz. Gutsbes. Lienekampf und Emil Kunze.

19. **Brachwitz** (656) **mit Gutsbezirk** (20). Elstesche Gastwirtschaft. Schuhmachermstr. Tag, Kohlgärtner Thielecke.

20. **Friedrichsschwerz** (305), **Döblitz** (296). **Meyers** Schankwirtschaft in Döblitz. **Gutsbes.** Schober, Buchhalter Kühne.

21. **Gimritz** b. W. (388), **Naunitz** (120), **Görbitz** (48). Gasthof in Gimritz. Oekonomierat Wesche, Gutsbes. Weylandt.

22. **Beidersee** (156), **Möderau** (203). Gasthof in Beidersee. Gutsbes. Strumpf und Henze.

23. **Morl** (785). Müllers Gasthof. **Gutsbes.** Kableis und Ebert.

24. **Trebitz a. P.** (212), **Sylbitz** (159). **Gasthof** in Trebitz Gutsbes. Siebert und Henze.

25. **Wallwitz** (440). Gasthof zur grünen **Birke.** Gutsbesitzer Wernicke, Fabrikdir. Schönichen.

26. **Teicha** (616), **Löbnitz** a. H. (141), **Lehndorf** (58). Stages Schankwirtschaft in Teicha. Gutsbes. Schmidt und Lutze.

27. **Kroitzsch** (350). Schankwirtschaft. Gutsbes. Hempel und Weise.

28. **Sennewitz** (685). Menigs Gasthof. Gutsbes. Reiche und Rößler.

29. **Gutenberg** (647) **mit Gutsbezirk** (113). Schwarzer Adler. Rittergutsbes. v. Arbs-Aubert, Kaufm. B. Oertel.

30. **Wieskau** (358) Wötzels Gasthof. Gutsbes. Barth und Schmidt.

31. **Kaltenmark** (335). Ackermanns Gasthof. Oekonomierat Hubbe, Gutsbes. P. Koch.

32. **Krosigk** (364) **mit Gutsbezirk** (35). Kyritzscher Gasthof. Inspektor Schaaf, Gastwirt Doble.

33. **Merbitz** (262) **mit Gutsbezirk** (165). Wilkes Gasthof. Gastwirt Wilke, Kossat Schmetzer.

34. **Nauendorf** (696), **Priester** (253). Lüdeckes Gasthof. Gutsbesitzer Böttcher und Brand.

35. **Petersberg** (307). **Frößnitz** (79). Krauses Gasthof in Petersberg. Oberamtmann Beyse, Revierförster Zschintzsch.

36. **Neblitz** (146). Gasthof zum Roten Hause. Gutsbesitzer Strumpf, Tischlermstr. Mödig.

37. **Dachritz mit Merkewitz** (323), **Wettewitz** (146). Gasthof Dachritz. Gutsbes. Pfeifer und Graefe.

38. **Brachstedt** (745) **mit Gutsbezirk** (..). **Hohen** (148), **Wurps** (113). Mennickes Gasthof in Brachstedt. Rittergutspächter Moquet, Kaufm. Blanke.

39. **Oppin** (313). **Oppin-Freiheit** (260), **Zwenden** (264), **Prauitz** (124), **Harsdorf** (145). Stieblers Gasthof in Oppin. Rittergutsbes. v. Zakrzewski, Kaufm. Pille.

40. **Niemberg** (768) **mit Gutsbezirk** (11), **Eismannsdorf** (264). Leibners Gasthof in Niemberg. Schieferdeckermeister Wolf, Fleischermeister Relius.

41. **Dammendorf** (318), **mit Gutsbezirk** (25). Weisers Gasthof. Rittergutsbes. Dr. Hambert, **Mühlenbes.** Krüger.

42. **Schwerz** (412). Häders Gasthof. Rittergutsbes. Dippe, Gutsbes. Heinrich.

43. **Spickendorf** (370) Zöntschs **Gasthof. Gutsbesitzer** O. Kreutzmann, Malermeister Meye.

44. **Rosenfeld** (452), **Hohenturm** (405) **mit Gutsbezirk** (116). **Plößnitz** (201). Gehres Gasthof in **Rosenfeld.** Güterdirektor Havig, Gastwirt Gehre.

45. **Tornau** (282), **Obermaschwitz** (90), **Untermaschwitz** (156). Damms Gasthof in Obermaschwitz. Gutsbes. Otto und Kretschmann.

46. **Peißen** (598), **Rabatz** (260), **Stichelsdorf** (45). **Gasthof** von Ochs in Peißen. Gutsbes. Osk. Schlurick und Gaul.

47. **Zöberitz** (511), **Braschwitz** (243). Kochs Schankwirtschaft in Zöberitz. Gutsbes. Zwanzig und Schönbrodt.

48. **Seeben** (1141). Jägerheim. Gastwirt Radecke, Bäckermeister Stephan.

49. **Diemitz** (2830). Gesellschaftshaus. Gem.-Vorst. Dr. Berthold, Gartendir. Müller.

50. **Reideburg und Krondorf** (826), **Gutsbezirk Reideburg** (44), **Capellenende** (464). **Burg b. R.** (236), **Sagisdorf** (85). **Heinerts** Gasthof in Reideburg Gutsbes. **Hoffmann, Barbier Zeising.**

51. **Schönnewitz** (824). Schankwirtschaft. **Gutsbes.** Patschke, Stellmacher **Plötz.**

52. **Büschdorf** (1019). **Modlers Gasthof. Fabrikbes. Block,** Prokurist Wilhelm.

53. **Canena** (1542). **Menkels Gasthof. Gutsbes. Walther,** Rittergutspächter. Reichert.

54. **Dieskau** (863) **mit Gutsbezirk** (110). **Haugks Gasthof.** Postagent Engel, Gutsbes. Schaaf.

55. **Bruckdorf** (1018). Großes Gasthof. Gutsbes. Nilius, Mühlenbes. Bennemann.

56. **Zwintschöna** (652). Horns Gasthof. Zimmermeister Walker, Gutsbes. Mühlpfordt.

57. **Kleinkugel** (328). Barths Schankwirtschaft. Rentner Walther, Gutsbes. Höschel.

58. **Benndorf** (246), **Bennewitz** (174). Gastwirtschaft Benndorf. Gutsbes. Weber und Mädchen.

59. **Osmünde** (866). Koltzscher Gasthof. Schmiedemeister Kuhlbach, Gutsbes. Schneider.

60. **Gottenz** (338). Gastwirtschaft. **Gutsbes.** Waage und Schaaf.

61. **Gröbers** (972). Gasthof von Oste. Bäckermstr. Frenzel, Gutsbes. Beil.

62. **Schwoitsch** (546). **Schankwirtschaft.** Mühlenbes. Meincke, Gutsbes. Kuhnert.

63. **Großkugel** (466). Gasthof von **Holdefleiß. Gutsbesitzer** Lindner und Laue.

64. **Pritschöna** (168), **Wesenitz** (140). Gasthof Pritschöna. Gastwirt Schneider, Mühlenbes. Pfautsch.

65. **Lochau** (738). Gasthof von Ferch. **Gutsbes.** Knittel und Schumann.

66. **Döllnitz** (1980) **mit Gutsbezirk** (29). Schulzes Gasthof. Rittergutsbes. Goedecke, Gastwirt Schulze.

67. **Osendorf** (1728). Kirchhofs Gasthof. Buchhalter Müller, Fleischer Schäfer.

68. **Radewell** (2622), **Burg i. A.** (172). Hoffmanns Gasthof in Radewell. Ingenieur Junghanns. Gärtnereibesitzer Radecke.

69. **Ammendorf mit Planena** (5852). Gaudichs Gasthof. Gemeindevorsteher Häbn, Gutsbes. Engel.

70. **Ammendorf II mit Gutsbez. Beesen.** Schuntes Gasthof. Gutsbes. Elste und Rudloff.

71 **Wörmlitz** (1068) **mit Gutsbezirk** (29). Elsies Schankwirtschaft. Fabrikbes. Huth, Gem.-Vorst. Ulrich.

72. **Bölberg** (1113). Kurzhals. Obermüller Winkler, Mühlendir. Hildebrandt.

73. **Nietleben mit Gutsbez. Granau** (5073). Markgrafs Gasthof. Schulrektor Hebell, Arbeiter Ernst Waldheim.

74. **Nietleben** II. Mayes Gasthof. Gem.-Vorst. Hammelsbeck, Tischler Meerrettig.

75. **Zscherben** (1157). Boltzes Gasthof. Gem.-Vorst. **Dattke,** Gutsbes. Schöllner.

76. **Dölau** (2696). Gasthof zum Palmbaum. Gutsbes. Rost und Henze.

77. **Lieskau** (870). Tenners Gasthof. **Gutsbes.** Schulze und Hage.

78. **Schiepzig** (507). Dorenbergs Gasthof. Gutsbes. Keutel, Kaufm. Fitzau.

79. **Lettin** (1814) **mit Gutsbezirk** (16). Hübners Schankwirtschaft. Gutsbes. Schäfer, Inspektor Rabe.

Zu diesen 79 Wahlbezirken des Saalkreises kommen noch als 80. und 81. **Könnern I und II,** als 82. und 83. **Wettin I und II** und als 84. bis 86. **Löbejün I, II und III.**

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Januar 1919.

Durch Anordnungen, die zu Mißverständnissen geführt haben, wurde heute für einige Stunden seitens des Arbeiter- und Soldaten-Rates die Druckerei der Volksstimme gesperrt, wodurch das Erscheinen um einige Stunden verzögert wurde, wofür wir um die Nachsicht unserer Leser bitten.

Verlag und Redaktion der Volksstimme.

Stadtverordnetensitzung.

In der Sitzung am Montag wurden erst eine Anzahl Gesuche erledigt, dabei kam auch die Frage der Verstadtlichung des Theaters zur Sprache. Nach Angabe des Oberbürgermeisters Dr. Rive ist eine dementsprechende Vorlage bereits in Arbeit und wird demnächst den Theaterausschuß beschäftigen. Darauf wurde der Gesamtvorstand des Kollegiums und der Ausschuß für Deputations- und Ausschußwahlen in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Debattelos werden die Haushaltpläne der Brumhardt- und der Ehrlichstiftung genehmigt. Bei dem Punkt Verwendung der Ueberschüsse kam es zu einer lebhaften Aussprache. Stadtv. Balke stellte die Tatsache fest, daß die Straßenbahn über den eigentlichen noch einen Mehrüberschuß von 960 000 Mark erzielt habe und kritisiert angesichts dieser Tatsache scharf, daß vor kurzem erst der Fahrpreis erhöht werden mußte, was nach diesem Jahresabschluß keinesfalls nötig war. Ferner bemängelte er, daß bei diesem glänzenden Ergebnis so kleinlich verfahren worden ist bei der Auszahlung der Teuerungszulagen der Straßenbahnschaffnerinnen. Schließlich wird noch eine Verbesserung der Fahrgelegenheit in Cröllwitz und Trotha gewünscht. Nach Hinweis von Magistratsseite, daß bei der Auszahlung von Teuerungszulagen bei den Beamten und Angestellten Stichtag der 30. November war, während er für die Arbeiter der 15. Dezember war, wandte sich Stadtv. Emmer scharf gegen diese Zurücksetzung der Arbeiter und beantragte, daß allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die bis zum 30. Dezember in städtischen Diensten waren, jene Teuerungszulagen gewährt werden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. — Dann werden zum Haushaltsplan des Gaswerkes 328 200 Mk., zum Haushaltplan des Wasserwerks 97 900 Mk. nachbewilligt. Das Einkaufsgeld in das Hospital bleibt unverändert. Für den Haushaltplan der Gartenverwaltung werden 20 000 Mk., für den Straßenbahnetat 2500 und 375 Mk. nachbewilligt. Die Mittel für Straßenbahngleiserneuerungen wurden um 60 Prozent verstärkt, bezweckt wurde damit, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Schließlich wurde dann noch über eine Petition der Arbeitsgemeinschaft der Handlungsgehilfen um Aenderung der Arbeitslosenfürsorge debattelos zur Tagesordnung übergegangen. Hierbei stellte Stadtrat Kinne fest, daß in Halle zurzeit 200—250 gänzlich Arbeitslose und ungefähr 200 teilweise Arbeitslose seien. Danach liegen die Arbeitsverhältnisse in Halle noch nicht besonders ungünstig.

Wie die Soldaten wählen.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar an aus dem Felde heimkehren, können ohne Eintragung in die Wählerliste zur Nationalversammlung wählen, wo sie sich am Wahltage aufhalten. Sie erhalten nach einer neuen Verordnung des Rats der Volksbeauftragten eine Bescheinigung darüber, daß sie erst nach dem 6. Januar aus dem Felde heimkehren. Diese muß von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder dem Kommandanten ausgestellt sein. Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat sie vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Starke Männer der Revolution.

Heute vormittag wurden von Soldaten Flugblätter auf dem Markte verbrannt. Die von den Unabhängigen sorgsam gepflegte Saat will reifen. Das ist die erste Freiheit, um derentwillen die Revolution das alte Regiment gestürzt hat.

Geldbriefträger vermißt. Seit gestern nachmittag wird der 47jährige Geldbriefträger Karl Schlegel, Thomasiusstraße 27 II, vermißt. Seine Tour lag im Süden der Stadt und umfaßte die Torstraße nebst den südlich gelegenen Nebenstraßen, ferner Saalberg, Weingärten und Unterplan. Zuletzt ist Schlegel ¾4 Uhr in Weingärten 29 gesehen worden. Alle Mitteilungen sind der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71 oder 73 zu melden.

* **Der Arbeiterrat gegen Erhöhung der Pferdefleischpreise.** Dem Arbeiterrat war bekannt geworden, daß die in einer Genossenschaft organisierten Roßfleischer von Halle mit Genehmigung des Magistrats beschlossen hatten, den Kleinverkaufspreis für Roßfleisch von 1,60 Mk. auf 1,80 Mk. zu erhöhen. Der Arbeiterrat hat beschlossen: „Der Verkaufspreis für Pferdefleisch und daraus gefertigte Wurst im Kleinhandel beträgt bis auf weiteres durchweg 1,60 Mk. für das Pfund. Dem Magistrat wird aufgegeben, seine der Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden zu Halle erteilte Genehmigung zur Preiserhöhung für Pferdefleisch sofort zurückzuziehen. Die angeordnete Bekanntmachung des Magistrats in dieser Sache hat zu unterbleiben." Ferner wurde noch beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit der Polizeiverwaltung eine Bekanntmachung mit Strafandrohung zu erlassen, um folgende Bestimmung zur Durchführung zu bringen: „In den Roßfleischhandlungen der Stadt Halle darf in Zukunft lediglich Pferdefleisch in frischem Zustande und daraus hergestellte Wurst verkauft werden. Der Verkauf der sogen. „Klößchen" durch die Roßfleischhandlungen ist verboten."

* **Sitzung des Großen Arbeiterrates.** Mittwoch nachmittag 5 Uhr findet im Stadtverordnetensitzungssaale eine Sitzung des Arbeiterrates mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die innerpolitische Lage und unser Verhältnis zu den Regierungen der Volksbeauftragten. 2. Ergänzungswahlen zum Mittleren Arbeiterrat an Stelle von ausgeschiedenen Mitgliedern.

* **Vortrag über „Geheime Krankheiten".** Am Mittwoch, den 8. Januar wird der aus dem Felde zurückgekehrte Stadtarzt Prof. von Drigalski im Volkspark einen Vortrag für Mädchen und Frauen über das Wesen und die Bedeutung jener ansteckenden Krankheiten halten, die im allgemeinen als „Geschlechtskrankheiten" und „geheime Krankheiten" bezeichnet werden. In dieser Bezeichnung liegt das Zugeständnis, daß über diese Dinge Vieles bisher unausgesprochen blieb, was unter den heutigen Verhältnissen leider ausgesprochen werden muß. Die Frauen sind es, die außerordentlichen Gefahren, welche von solchen Krankheitsübertragungen drohen, in besonders hohem Grade preisgegeben sind. Es ist deshalb erforderlich, daß sie in erster Linie gründlich aufgeklärt werden; erst wenn sie wissen, worum es sich eigentlich handelt, werden sie wertvolle und unentbehrliche Hilfe bei der Abwehr der erwähnten gesundheitlichen Gefahr leisten können, die heute bereits eine wahre Volksgefahr geworden ist. So wie bisher dürfen die Dinge nicht weiter gehen, daher tut in erster Linie Aufklärung not. Es wird daher eine Reihe solcher Vorträge für die verschiedenen Stadtteile in Aussicht genommen werden. Der erste Vortrag findet Mittwoch, den 8. Januar, 5 Uhr 30 Min. nachm. pünktlich im Volkspark statt. Unentgeltlicher Zutritt nur für Frauen und Mädchen vom 17. Lebensjahr ab. Möglichst zahlreiches Erscheinen ist im allgemeinen Interesse wie in dem jedes Einzelnen sehr erwünscht.

* **Volksabende mit freier Aussprache. Am 8. Volksabend,** der am 8. Januar, 8 Uhr, in den Thaliasälen stattfinden wird, soll die in den Kriegsjahren brennend gewordene Frage nach dem Verhältnis von Stadt und Land erörtert werden; den einleitenden Vortrag wird Herr Professor Dr. Holdefleiß halten. Der Zutritt ist für jedermann frei.

45 Gramm Butter werden für 6.—12. Januar auf Abschnitt 2 der Fettkarte für jede Person vom Donnerstag bis Sonnabend abgegeben.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Mittwoch für die Lebensmittelscheine 57 501—60 000 vormittags von 8—12 Uhr und 60 001—61 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Jede Person eines Haushaltes erhält ein Ei für 42 Pfg.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch für die Lebensmittelscheine 1—1500 vormittags von 8—12 Uhr und 1501—4000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm Käse zum Preise von 35 Pfennigen abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch auf Abschnitt 7 bei dem Milchhändler Schenkling, Forsterstr. 38, Milchhändler Ende, Delitzscher Straße 10 und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Martinstr. 11, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben.

Höchstpreise für Pferdefleisch und Pferdefleischwaren. Der Preis für das Pfund Ware darf im Kleinhandel bei der Abgabe an die Verbraucher durch die Roßfleischhändler nicht übersteigen: Pferdefleisch ohne Knochen ohne Rücksicht ob Lendenbratenfleisch oder sonstiges Muskelfleisch, 1,60 Mk., Frischwurst jeder Art 1,60 Mark. Die festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R. G. Bl. S. 5516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 und 23. März 1916. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 6 dieses Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft; auch kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Stadttheater. Heute, Dienstag, wird Nicolais komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" in neuer Einstudierung erstmalig gegeben. Mittwoch „Ueber unsere Kraft", 1. Teil. Donnerstag zum ersten Male „Ueber unsere Kraft", 2. Teil. Unter der Spielleitung von Oberspielleiter Theo Modes sind in den Hauptrollen beschäftigt: Hedwig Jonas, Adolf Rehbach, Willi Schur, Gerhard Tandar, Kurt Wilcke und Hermann Wedding. Freitag „Die weiße Dame". Sonnabend, abends 8 Uhr, 3. Sinfonie-Konzert des Stadttheaters unter Leitung von Paul Graener. Solistin: Hertha Dehmlow. Sonntag abend „Die lustigen Weiber von Windsor". Am Freitag, Sonnabend und Sonntag nachmittags wird „Schneewittchen" wiederholt. — Infolge der langanhaltenden Erkrankung des Herrn Wedding war es nicht möglich, den ersten Teil von Björnsons „Ueber unsere Kraft" im Donnerstag-Abonnement vor der für Donnerstag, den 9. Januar, angesetzten Erstaufführung von „Ueber unsere Kraft", 2. Teil, nochmals zu wiederholen. Die Direktion will aber dessen ungeachtet, den Inhabern der Donnerstag-Stammkarten Gelegenheit geben, den ersten Teil vor dem 2. Teil zu den im Abonnement liegenden Vergünstigungen kennen zu lernen. Es werden deswegen zu der für Mittwoch, den Januar, angesetzten Wiederholung von „Ueber unsere Kraft", 1. Teil, den Inhabern von Donnerstag-Stammkarten gegen Vorzeigung der Stammkarten, gleichartige Plätze zu ermäßigten, der Abonnementsquote entsprechenden Preisen abgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190107-13/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Merseburg. Eine öffentliche Versammlung der Beamten und Angestellten fand am Sonnabend, den 4. Januar in der „Funkenburg“ statt. Sie war sehr gut besucht, namentlich von staatlichen Angestellten. Arbeitersekretär Kleeis-Halle sprach über die Stellung der Beamten zur Nationalversammlung. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Beamten nunmehr völlige politische Bewegungsfreiheit haben und ihnen auch wegen der Teilnahme an sonstigen Körperschaften, wie freien Berufsverbänden, keine Nachteile erwachsen können. Im übrigen schilderte er, was die Sozialdemokratie schon seither alles für die Beamten getan habe. Sie sei immer für Ausgestaltung deren Rechte, Aufbesserung ihrer Gehälter usw eingetreten. Die bürgerlichen Parteien haben sich nur immer darauf beschränkt, solche Forderungen abzulehnen. Die Sozialdemokraten treten für die Zukunft hinsichtlich der Beamten ein, für Mindestgehälter, völlige Sonntagsruhe, achtstündige Arbeitszeit, Beseitigung der Konkurrenzklausel, Erfinderschutz, neues allgemeines und einheitliches Angestelltenrecht usw. — Die Aussprache war sehr lebhaft. Herr Krone kam auf das Erfurter Programm und frug, was unter der „Wahl der Behörden“ zu verstehen sei. Die Erläuterungen, die Kautski dazu gegeben habe, seien nicht befriedigend. Herr Demme vermißte in den Ausführungen des Referenten genaue Darlegungen, was nun den Beamten alles geboten werden soll, z. B. wieviel Gehaltszulage usw. Für die Arbeiter sei immer viel mehr gesorgt worden wie für die Angestellten. Im übrigen sprach noch Herr Graf, der eine Reihe Anfragen über den Sozialismus an den Referenten stellte; Herr Kassel, der die großen Errungenschaften der Revolution kennzeichnete, die nicht zu einer bloßen Lohnbewegung herabgedrückt werden dürfe usw. In seinem Schlußwort kam Kleeis auf alle diese Fragen zu sprechen. Die Sozialdemokratie wolle nicht, daß alle Beamten, z. B. jeder Schutzmann und Briefträger, durch allgemeine, öffentliche Wahlen gewählt werden, sondern nur die verantwortlichen Beamten, wie Landräte, Regierungspräsidenten usw. Mittlere Angestellte, wie Abteilungsvorsteher usw., können von den unteren Beamten gewählt werden. Dadurch werde Protektion usw. bei der Besetzung von Stellen ausgeschlossen. Einzelheiten, wie hoch nun das Gehalt bis auf den Pfennig sein werde, könnten nicht angegeben werden. Die Arbeiter haben sich — im Gegensatz zu den Beamten — durch ihre Gewerkschaften selbst geholfen. Es komme nicht immer aller Segen von oben. — Der Verlauf der Versammlung war sehr interessant und zeigte, daß die Angestellten der Sozialdemokratie alter Richtung sehr zugeneigt sind.

Delitzsch. Die hiesige Ortsgruppe der alten sozialdemokratischen Partei hat sich neu gebildet und als ihr Parteilokal den Gasthof Deutsches Haus, Bitterfelderstraße 17, gewählt. Dort werden Neuanmeldungen zur Partei sowohl als auch Bestellungen auf die Volksstimme entgegengenommen. Am Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr findet dort die erste Mitgliederversammlung statt. Eine Liste zum Zeichnen von Spenden für den Wahlfonds liegt gleichfalls im Deutschen Haus aus.

Frose. Von Dieben erschlagen wurde in der Silvesternacht der 51jährige Landwirt Heuke von hier. Nachbarn fanden ihn morgens, nur mit dem Hemd bekleidet, mit einer klaffenden Wunde am Hinterkopfe in einer Blutlache. Die Diebe waren durch den Keller in das Gebäude gedrungen.

Naumburg. Für Säuglinge bis zum Alter von 18 Monaten werden Zusatzseifenkarten gegen Vorlegung der Milchkarten im hiesigen Lebensmittelamt, Zimmer 9, verabfolgt.

Naumburg. Auf die Vorbehaltsmarke 66 können noch Baumwollnähfäden gekauft werden. Auf je 2 Marken wird 1 Rolle zu 200 Meter abgegeben. Die Verkäufer werden auch bereit sein, auf einzelne Marken ½ Rolle abzugeben. Der Verkaufspreis beträgt 6,32 Mk. für 1 Rolle; er ist möglichst abgezählt bereit zu halten. Schneider, Schneiderinnen, Hotels und Pensionen usw. erhalten Bezugsscheine über besondere Zuweisungen von Baumwollnähfäden für ihre Betriebe. Soweit diese Bezugsscheine noch nicht in Empfang genommen worden sind, müssen sie alsbald auf Zimmer 13 des Rathauses während der wochentäglichen Stunden von 9—12 Uhr vormittags abgeholt werden. Nähfäden sind erhältlich bei Max Ahlfeld, Gr. Salzstr. 35, Karl Aßmann, Michaelisstr. 19, Frau Luise Albrecht, Gr. Wenzelstr. 3, Friedrich Brettschneider, Gr. Salzstr. 4/6, Paul Gröger, Michaelisstr. 87, Klara Handrock, Reußenplatz 16, Otto Haberkorn, Nachf., Markt 8, Amalie Hartung, Mühlgasse 4, M. Hart, Markt 15, Konsum-Verein, Gr. Fischstr. 24, Hugo Leonhardt, Gr. Salzstr. 44, Frl. Therese Lehmann, Steinweg 2, Witwe C. Taubert, Steinweg 13, Agathe Rügler, Gr. Salzstr. 3, Alfred Rückart, Lindenstr. 19, Frau L. Schumann, Schulstr. 26, Hugo Sieber, Gr. Salzstr. 32, Hermann Schneider, Windmühlenstr. 11.

Aue bei Schmalkalden. Das leichtfertige Umgehen mit Militärmunition hat am Neujahrsabend hier zwei Todesopfer gefordert. Soldaten waren damit beschäftigt, am Schirmerschen Gasthofe Gewehre abzuladen. Dabei wollten auch Schulknaben behilflich sein. Sie waren so zudringlich, daß es den Soldaten trotz aller Mühe nicht möglich war, ihnen zu wehren. Dabei scheinen einige der Jungen ein Gewehr an sich genommen zu haben, Patronen hatten sie sich schon früher zu beschaffen gewußt. Plötzlich fiel ein Schuß, durch den zwei Jungen getötet und einer schwer verletzt wurden.

Roßla. Falsche Soldatenräte. Zwei mit falschen Ausweisen versehene Soldaten erschienen gestern bei einigen hiesigen Einwohnern und gaben an, auf Befehl Haussuchungen vornehmen zu müssen. Sie beschlagnahmten hierbei verschiedene Waren, welche sie heute abzuholen beabsichtigten. Die Betroffenen brachten die Handlungsweise der angeblichen Soldatenräte zur Kenntnis der hiesigen Polizei und dem Arbeiter- und Bauernrat. Da diese in keiner Weise unterrichtet waren, schöpfte man Verdacht und nach eingezogener Erkundigung stellte sich heraus, daß diese beiden Soldaten auf eigene Faust vorgegangen waren. Heute wurden die beiden Schwindler beim Eintreffen auf dem Bahnhofe verhaftet.

Wahlversammlungen.

Merseburg.

Hier fand am 2. Januar im Gasthofe zur Funkenburg eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Schwester Lydia Rühland das Referat über die Wahlen zur Nationalversammlung sprach. Schwester Rühland hatte, trotzdem die Versammlung recht schwach besucht war, ihr Referat vortrefflich im Rahmen der heutigen Politik gehalten und rechnete gehörig mit den bürgerlichen Vertretern ab. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Merseburger Frauen sollten doch wirklich in dieser schweren Zeit besser auf dem Posten sein. Lange genug haben diese unter der Fuchtel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu leiden gehabt. Darum aufgewacht ihr Frauen und besucht massenhaft die Versammlungen.

Mücheln.

Hier fand am 2. Januar eine imposante, von ca. 600 Personen besuchte Frauenversammlung statt. Genossin Scheibenhuber-Berlin hatte das Referat übernommen. Sie legte klar und deutlich die Stellung der Frau im öffentlichen Leben klar und erntete nach ihren Ausführungen besonderen Beifall. Eine Diskussion fand trotz mehrmaliger Aufforderung nicht statt. Eine große Anzahl Anhänger für die Ideen der Mehrheitssozialisten wurde gewonnen.

Schkeuditz.

Im Revier der Unabhängigen fanden hier in der Schkeuditzer Umgegend drei öffentliche Versammlungen, von uns einberufen, statt. Es ging in allen dreien, wie zu erwarten war, ziemlich lebhaft zu. Nur mit großer Mühe gelang es dem Referenten Genossen Drescher, sich Ruhe zu verschaffen. Schon gleich zu Anfang war zu bemerken, daß die Unabhängigen die Besetzung der Lokale in Weblitz, Papitz und Korsdorf sehr gut verstanden hatten. Nach Eröffnung der Versammlung durch unseren Einberufer wurde gefordert, Bureauwahl vorzunehmen. — Mit Hilfe ihrer „Truppen“ gelang es selbstverständlich den Unabhängigen, das Bureau durch Leute von ihren Anhängern zu besetzen, da aber die Versammlung von uns einberufen war, konnten sie doch nicht umhin, unserem Referenten, dem Gen. Drescher, das Wort zu erteilen. Kaum hatte er einige Worte gesprochen, setzten die wütendsten Zwischenrufe ein, die in allen drei Versammlungen fast eine Stunde andauerte, bis nach und nach Drescher durch unverwüstliche Zähigkeit es fertig brachte, sich einigermaßen Ruhe zu verschaffen und schließlich doch seinen Vortrag ohne weitere Störung beschließen konnte. Selbstverständlich war in jeder Versammlung ein Gegenredner da. Die Diskussion verlief dann in erfreulicher Weise ziemlich sachlich, von einigen persönlichen Einwürfen abgesehen, so daß alle drei Versammlungen nach einem kurzen Schlußwort Dreschers immer noch ein leidliches Ende fanden. Besonders eigenartig verhielten sich die Unabhängigen bei Entrichtung des Eintrittsgeldes, obwohl sie wissen mußten, daß uns die Versammlungen bei den jetzigen Zeiten erhebliche Unkosten verursachen, hielten sie es für anständig, in Papitz und Korsdorf, einfach dem Ersuchen unseres Kassierers am Eingange des Saales Eintritt zu bezahlen, keine Folge zu leisten, nur in Wahlitz war man etwas einsichtsvoller. Diese Eintrittsgelder-Abstinenz war augenscheinlich angeordnet, was man in Papitz, wie auch in Korsdorf, ziemlich deutlich erkennen konnte. — Stolz können die Unabhängigen auf alle drei Versammlungen nicht sein. Wir haben gezeigt, daß wir uns nicht scheuen, auch in ihre sichersten Domänen zu kommen, und in allernächster Zeit werden wir auch in Schkeuditz selbst erscheinen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir dort noch schönere Beweise ihrer demokratischen Eigenschaften erleben.

Mochau (Kr. Wittenberg).

Eine vom Genossen Amende-Straach einberufene Wählerversammlung fand hier am 3. Januar statt. Genosse Eduard Schlemm sprach über das Thema „Friede, Nationalversammlung, Sozialdemokratie“. Der Redner erläuterte in verständlicher Weise das Thema und legte die Ziele der S. P. D. dar. Während des Vortrages wurde er häufig durch lebhafte Zustimmungsrufe unterbrochen. Eine kleine Agitation nach dem Vortrag brachte uns 17 neue Mitglieder. Genosse Schlemm hielt dann ein kurzes kräftiges Schlußwort, worauf die Versammlung ihr Ende fand. Eine Tellersammlung erbrachte 10,64 Mk.

Kleinleipitsch.

Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach hier am Sonntag, den 5. Januar Genosse Sendewitz-Halle über die Wahlen zur Nationalversammlung. Seine klaren und verständlichen Ausführungen, die in der Aufforderung gipfelten, am 19. Januar die Liste der sozialdemokratischen Partei zu wählen, fanden lebhaften Beifall und zeigten, daß auch hier die Masse der Bevölkerung hinter uns steht.

Naundorf a. d. Elster.

Am Sonntag nachmittag sprach hier in einer sehr gutbesuchten Versammlung Genosse Langer-Halle über das Thema „Nationalversammlung und Sozialdemokratie“. Seine verständlichen und klaren Darlegungen fanden freudige Zustimmung. Trotz Aufforderung nahm in der Diskussion niemand das Wort, wodurch wohl auch ersichtlich ist, daß auch die hiesige Arbeiterschaft hinter unserer Partei steht.

Braunsdorf bei Dobin.

Hier fand am 31. Dezember eine vom Genossen Haase-Straach einberufene Wählerversammlung statt. Genosse Haase erläuterte das Programm der alten sozialdemokratischen Partei in verständlicher Weise. Mit der Erklärung der Anwesenden, für die Kandidaten der alten sozialdemokratischen Partei zu stimmen, schloß die Versammlung. Eine Listensammlung erbrachte 8,50 Mk.

Zur Wahlbewegung.

ms. **Um die Frauen.** Nur zwei Wochen noch trennen uns von dem Tage der Wahl, von dem Tage, da zum erstenmal die deutsche Frau an die Wahlurne treten kann und mitentscheiden darf über ihres Landes Geschick, über Deutschlands Zukunft. Nie bisher ist eine Wahl von so weittragender Bedeutung gewesen wie gerade diese. Und in dieser entscheidenden Stunde treten auch die Frauen an, die noch gestern als nicht politisch „reif“, nicht für „berechtigt“ gehalten wurden, das vornehmste Staatsbürgerrecht auszuüben. Sie treten an in Millionen, und am 19. Januar werden sie ihr Votum in die Wagschale werfen, werden sie mit Bausteine herbeitragen zum Bau unseres neuen Hauses. Die Frau ist sich der gewaltigen Verantwortung bewußt, die in Deutschlands Schicksalsstunde auf ihr lastet, des Glaubens sind wir Sozialdemokraten und nicht zuletzt darum sind wir seit je für die volle Gleichberechtigung der Frau eingetreten. Da die Zahl der weiblichen Wähler bedeutend höher als die der männlichen ist, liegt ganz naturgemäß viel, sehr viel daran, wie die Frauen am 19. Januar stimmen werden.

So ist es auch gar nicht verwunderlich, daß sämtliche Parteien mit allen Mitteln und Künsten um die Stimmen der Frauen werben. Die Demokraten, die deutsche Volkspartei, die christlich-soziale Volkspartei, die deutsch-nationale Volkspartei und wie die durch die Revolution neugeborenen Parteien alle heißen, keine steht zurück, die Frauen für ihre Ziele zu gewinnen. Und da tut es not, daß die Frauen nachschauen, was hinter diesen Parteien steht, was die Parteien vor der Revolution unter einem anderen Namen über die Frau und die politische Gleichberechtigung der Frau dachten. Immer und immer wieder stimmten diese Parteien die unzähligen Wahlrechtsanträge der Sozialdemokraten, die auch das Wahlrecht der Frau forderten, nieder; verspotteten sogar diese Anträge als aussichtslose Utopien. „Die Frau gehört ins Haus“, mit diesem Satze war für die bürgerlichen Parteien die Frage der politischen Gleichberechtigung der Frauen erledigt. Da scherte man sich herzlich wenig daran, daß die soziale Struktur unseres Wirtschaftslebens ganz andere Richtungen wies, daß das Band gleicher Interessen die Geschlechter verbinde, daß die zu erfüllenden Pflichten des Weibes an der Menschheit sie nicht minder zu Rechten berechtige wie den Mann. „Es ist seit je gewesen, daß das Weib dem Manne diene, nicht neben ihm stehen kann“, so sagte man, und darum ist es Blödsinn, nur davon zu sprechen, daß es anders werden könne. So ließ man das Weib Objekt, nicht aber Subjekt der Gesetzgebung sein, ließ die Frau Kinder gebären und führte diese Kinder, wenn sie groß geworden, auf die Schlachtfelder, ohne die Mütter darüber auch nur ein Wort mitsprechen zu lasse. Und nun, wo die Sozialdemokratie den Frauen die politische Gleichberechtigung gegeben, nun kommen die gleichen Parteien und wollen den Frauen plausibel machen, daß alles Gute, was die Frauen nur je erhoffen können, nur von ihnen kommen kann, daß die Sozialdemokratie sie in Elend und Verderben führen werde.

Frauen und Mädchen, könnt ihr solchen Worten glauben? Ihr stelltet euch ein schlechtes Zeugnis aus, wenn ihr es tätet. Wir aber trauen euch den klaren Blick zu, daß ihr das Treiben durchschaut, den schönen Worten keinen Glauben schenkt, denn die, die des Weibes Gleichberechtigung stets bekämpft haben, werden, wenn sie mit der Hilfe der Frauen die Macht erringen sollten, nicht zögern, euch das erste Recht, das ihr gewonnen, das Wahlrecht, wieder zu nehmen.

Wir sagen den Frauen: Wenn ihr am 19. Januar an die Wahlurne tretet, denkt an die Taten aller der zur Wahl stehenden Parteien in der Vergangenheit. Denkt an die Taten der Sozialdemokratie und vergleicht sie mit denen der anderen Parteien. Die Sozialdemokratie trat, neben dem schon vermerkten energischen Eintreten für die Gleichberechtigung, ein für weitgehendsten Mutterschutz, für die Einschränkung der Frauenarbeit, Verbot der Frauenarbeit in gesundheitsschädlichen Industrien, für ausreichende Wöchnerinnen-Unterstützung, für Unterbindung der das Familienleben beeinträchtigenden Heimarbeit, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und vor allem dafür, daß der Mann so viel verdient, daß die Frau nicht mitverdienen, sondern sich ganz der Familie, der Erziehung der Kinder widmen kann; dann weiter trat während des Krieges die Sozialdemokratie ganz energisch ein für die schleunigste Beendigung des Krieges, für die Erhöhung der Unterstützungen der Kriegerfrauen und der Renten der Kriegerwitwen und Waisen, für durchgreifendere Erfassung und bessere Verteilung der Lebensmittel usw. usw. Noch eine lange Reihe von Taten ließe sich anführen für die Vertretung der besonderen Frauen-Interessen durch die Sozialdemokratie. Wenn auch nicht immer der angestrebte Erfolg erreicht worden ist, so ist doch so vieles, so weitgehende Verbesserungen und Vorteile errungen worden, die ohne die Sozialdemokratie gewiß nicht erreicht worden wären.

Aber auch auf das mögen die Frauen achten, was die Sozialdemokratie für die Zukunft erstrebt. Sie will allen Menschen zu einem gleichmäßigen Wohlstande verhelfen, indem sie die Ausbeutung der Arbeiterschaft beseitigt. Sie will nicht, daß Einzelne große Gewinne einstecken und die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgespeist werden. Die Sozialdemokratie will den Frauen ein menschenwürdiges Los bereiten, sie will die Kriegsschulden auf die Reichen abwälzen, so daß die Minderbemittelten nicht nötig haben, drei Tage in der Woche für Steuern zu arbeiten; sie will unsere Erziehung von Grund auf neu geregelt haben, daß das Weib in Zukunft der Kamerad des Mannes werde, der gleichberechtigte, gleichgeachtete Weggenosse. Es ist nicht das Wollen der Sozialdemokratie, wie man den Frauen vorlügt, ihnen den Haushalt zu nehmen und zu „verteilen“, sondern die Sozialdemokratie will den Frauen erst die Möglichkeit zu einem behaglichen und sorgenlosen Heim schaffen, allen Frauen ein Heim, das sie seither unter denen, die die Macht besaßen, nicht hatten.

Darum ihr Frauen, seht euch die Parteien, die euch umwerben, genau an, seht, was hinter ihren schönen Worten für Taten stehen — und nach den Taten urteilt. Und wenn ihr reiflich geprüft habt, werdet ihr zu dem Urteil kommen, daß ihr die Wahrung eurer Interessen am besten in die Hände der Sozialdemokratie legt, und dann geht hin und gebt am 19. Januar einen Stimmzettel der alten sozialdemokratischen Partei, einen Stimmzettel, an dessen Spitze der Name Adolf Thiele steht.

„Deutscher, wach auf!“ Die Konservativen, die neuerdings als „Deutschnationale Volkspartei“ firmieren, sind fleißig. Kaum ein Tag vergeht ohne ein Flugblatt von ihnen; mancher Tag bringt zwei. Auf einem der Flugblätter im Halbbogenformat wird das Auge durch die fünfmalige Aufforderung „Deutscher, wach auf!“ angezogen. Die Herren dürfen ruhig sein, der 19. Januar wird ihnen zeigen, daß der Deutsche allerdings aufgewacht ist und daß alle ihre Lockungen, wenn die „Umsturzparteien“ kein Gegengewicht durch die „Ordnungsparteien“ fänden, werde „der Zustand von Terror und Unfreiheit, von Elend und Sorge ein dauernder werden“, nicht mehr ziehen. Was Terror und Unfreiheit, Elend und Sorge sind, hat das Volk gerade unter der Herrschaft der Junker und Konservativen zur Genüge kennen gelernt.

Soziales.

Der Sechsstundentag ist nach Frankfurter Blättern vom dortigen Arbeiterrate mit Wirkung vom 6. Januar eingeführt worden. Die Maßnahme wird mit der Notwendigkeit begründet, weiteren Entlassungen von Arbeitskräften vorzubeugen und zugleich die Brennstoffvorräte zu strecken.

Eine Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung ist unter dem 4. ds. Mts. von der Reichsregierung und dem Staatssekretär des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung erlassen worden. Nach dieser Verordnung sollen Streitfälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Zahl und Auswahl der in einen Betrieb einzustellenden Kriegsteilnehmer und weiter zu beschäftigenden bisherigen Arbeiter sowie über die Arbeitslöhne durch Schlichtungsausschüsse ausgetragen und nötigenfalls durch Schiedsprüche, denen verbindliche Kraft begelegt werden kann, entschieden werden. Eine gleichartige Verordnung für die Angestellten wird im Demobilmachungsamt bearbeitet. Ihr Erlaß ist in nächster Zeit zu erwarten.

Wir Lehrer.

Es ist nicht schwer einzusehen, daß die Lehrerschaft einen ganz besonderen Kreis der großen Staatsbeamtenschaft darstellt. Darin liegt weder Schulmeisterdünkel noch Klassenrückständigkeit. Der Lehrerschaft ist die wichtigste geistige Arbeit aufgetragen: die Heranbildung der Volksjugend bis zum Eintritt in die Lohnarbeit; die Ausstattung mit den für das Leben wichtigsten geistigen Funktionen: Lesen, Schreiben, Rechnen und der erweiterte Kreis der verstandes- und willensbildenden Fächer. Wie wichtig diese Arbeit für das Volksganze ist, haben die führenden Köpfe aller Zeiten anerkannt.

Die Volksschularbeit ist von den Besitzenden und sogenannten Gebildeten nicht genügend eingeschätzt und gefördert worden. Sonst wäre es ja nicht möglich gewesen, daß man die Schule solange unter die Aufsicht der Kirche belassen und die wirtschaftliche Lage der Volksschullehrer nicht längst der Würde und der Schwere ihrer Arbeit entsprechend gestaltet hätte, ganz abgesehen von der Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte und der Ueberschwemmung der Volksschule mit Lehrerinnen und Geheimratsfamilien. Es ist ein seltsamer Widerspruch, den die vergangenen politischen Machthaber da geschaffen haben. Einmal diente ihnen und dem Imperialismus die Volksschule als ein selbstverständliches Instrument. Andererseits aber wollte man die Lehrerschaft nicht in ähnlicher Weise erhöhen, wie man es sonst wohl mit Stützen und Vertretern der Staatsautorität tat (Offiziere, Richter, Oberlehrer, Pfarrer).

Was sich die Rechtsparteien in der Beurteilung der Volksschularbeit und Volksschullehrerschaft im alten Staate geleistet haben, verdient gegenwärtig die größte Beachtung. Besonders die Lehrer, die zurzeit noch nicht recht wissen, wo ihre Zukunft logisch gesichert ist, sollten dieses Kapitel ihres Standes mit größtem Ernst studieren.

Die alten Machthaber sind dahin. Ein neues bewußteres Leben ist der Lehrerschaft erschlossen. Die subalterne Färbung der Lehrerschaft kann mit einem Schlage als beseitigt betrachtet werden, wenn sich die Kollegen auf die idealen Ziele der Schule und die realen Ziele ihres Standes besinnen. War die Schule früher ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie — und die Lehrerschaft hat sich leider dazu mißbrauchen lassen — so muß sie jetzt ein Kampfmittel sein, die Versöhnung der Menschheit anzubahnen. Die Errungenschaften der Revolution müssen aber gewahrt bleiben zu diesem Zwecke, sonst wird die Volksschule wiederum Schule des dritten und vierten Standes, und die sogenannte höhere Schule entscheidet wiederum über das Schicksal des Volkes, und zwar nicht im Geiste der Versöhnung und Anerkennung des Tüchtigen, sondern unter dem Gesichtswinkel des Klassenstaates.

Die Lehrerschaft sei auf ihrer Hut! Sie urteile selbständig, ohne Seitenblick auf Pfarrhaus und Gutshaus, ohne Rücksicht auf Vorurteile und Hemmnisse. Sie halte sich die Ziele der Volksschulbewegung vor Augen: Einheitsschule, Reichsschulgesetz, Selbstverwaltung, und vergesse es nie, daß sie die Schule des Volkes ist. Gewinnen kann die Lehrerschaft nur, wenn sie den sozialistischen Zielen, die für die Volksschule festgelegt sind, zustimmt.

Adolf Hoffmann, der in der Versenkung verschwundene, war nicht unser Mann. Die Zukunft der Volksschule gehört in besonnene, bewußt starke Hände. Ein Mann wie Hänisch wäre der gegebene Minister der Volksbildung, Hänisch, der in der Liebe zum Volke aufgeht (man lese seine warmherzigen großzügigen Verfügungen) und Geist genug besitzt, dieses hochwichtige Amt zum Besten des deutschen Volkes zu verwalten. J. G. Bethge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190107-13/fragment/page=0006